

VII. Nazifizierung und Feminisierung der NPD nach 1990

Die Umwälzungen der Jahre 1989/90 leiteten auch für die NPD eine fundamentale Wende ein. Wie alle westdeutschen Parteien musste sich die rechtsextreme Partei im Hinblick auf den Wandel in Deutschland neu erfinden; vielleicht musste sie es sogar noch mehr als andere Parteien, waren ihre wesentlichen nationalistischen Agitationsthemen doch schlagartig obsolet geworden: Der Mauerfall, die Wiedervereinigung, die definitive Festlegung der deutschen Grenzen und der Rückzug der alliierten Truppen beraubten sie ihrer ideologischen Existenzgrundlage. Die Auflösung der DDR und das Auseinanderfallen des Ostblocks machten ihren Antikommunismus gegenstandslos, und die definitive Etablierung der Bundesrepublik in West- und Ostdeutschland machte darüber hinaus jegliche Hoffnung auf eine grundlegende Neugestaltung der Nation im Zuge der Einheit zunichte.

Seit der Parteigründung gehörte die Idee der Wiederherstellung eines über die Oder-Neiße-Linie hinausreichenden Deutschlands zu den eisernen Grundprinzipien ihrer nationalistischen Programmatik. Dabei betrachtete sie die Bundesrepublik, wie vom Grundgesetz geboten, nur als „Provisorium“, als vorläufige Etappe auf dem Weg zu einem regenerierten „Reich“. Der am 9. November 1989 für viele überraschend eingetretene Fall der Mauer rückte die endgültige Lösung der Deutschlandfrage mit aller Dringlichkeit ins Zentrum des politischen Interesses. Die extreme Rechte hoffte auf die Umsetzung des Art. 146 GG, der die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorsah, eben weil er aus ihrer Perspektive die Möglichkeit bot, die Bundesrepublik am schnellsten zu beseitigen. Mit dem Einigungsvertrag wurde letztendlich jedoch der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Art. 23 GG beschlossen: Die Bundesrepublik wurde dadurch als Definitivum in Stein gemeißelt.

Um auch nach der deutschen Einheit weiter existieren zu können, musste die NPD sich neu sortieren, sie musste ihren Aufbau, die Strategie, die Ideologie überdenken und mit einer „neuen“ Politik aufwarten. Die „neue“ NPD¹ entschied sich für den radikaleren Weg und steigerte sich in den 1990er-Jahren reflexhaft in eine systemfeindliche Fundamentalopposition hinein. Nicht nur das politische Establishment, sondern das republikanisch-parlamentarische Ordnungsprinzip als solches wurden nun dezidiert angegriffen. Begleitet wurde diese Haltungsänderung durch die forcierte Nazifizierung ihrer AkteurInnen. Hatte die Erlebnisgeneration zuvor stets darauf geachtet, die Ausbreitung des Neo-Nationalsozialismus in den Parteireihen einzudämmen, so beriefen sich viele Männer und Frauen der „Bekennntnisgeneration“² nun explizit auf ihn.

¹ Die Unterscheidung zwischen der „alten“ und der „neuen“ NPD markierte den Übergang von einer vormals bürgerlich-nationalkonservativen zu einer völkisch-nationalistischen bzw. nationalrevolutionären Linie unter dem Vorsitz Udo Voigts. Vgl. bspw. Pfahl-Traughber, Die „alte“ und die „neue“ NPD.

² Zur „Bekennntnisgeneration“ gehören jene Männer und Frauen, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden und die aus Überzeugung und nicht aus Sozialisation rechtsextre-

Diesen Weg beschritt die NPD, um sich der neuen nationalen wie globalen Ausgangslage nach 1990 anzupassen und aus den vielen Umwälzungen, Krisen und Verwerfungen der Zeit politisches Kapital zu schlagen. Vom Kontext profitieren konnte die extreme Rechte seitdem allemal. Die Globalisierung und ihre sozialen Begleiterscheinungen, die ambivalente „Einheitspolitik“ Helmut Kohls und die neoliberale Wirtschaftspolitik, die Kohls Nachfolger als Bundeskanzler, Gerhard Schröder, mit den „Hartz IV“-Reformen noch forcierte, der „11. September 2001“ und der amerikanische „war on terror“, die beide einen geopolitischen Paradigmenwechsel hervorriefen, die internationale Finanzmarktkrise von 2007/08 wie auch die später folgenden europäischen Krisen der 2010er-Jahre (die griechische Staatsschuldenkrise, die „Flüchtlingskrise“ und der „Brexit“) und nicht zuletzt auch die religiös oder politisch motivierte Terrorgefahr – sie alle erzeugten eine diffuse Angst und Verunsicherung und nährten einen gesellschaftlichen Krisendiskurs, den sich insbesondere die RechtsextremistInnen und -populistInnen in Deutschland, Europa und aller Welt zunutze machen konnten. Mit ihrem radikal antirepublikanischen und systemfeindlichen Duktus versuchte auch die NPD aus der sozial-gesellschaftlichen Stimmung im Lande Kapital zu schlagen und sich dabei als vermeintlich krisenresistente Alternative zu den „etablierten“ politischen, kulturellen und systemtragenden Eliten zu profilieren.

Um diese „neue“ NPD bzw. die „neuen“ Nationaldemokratinnen und ihre Rolle in der jüngsten Zeitgeschichte soll es im letzten Teil dieses Buchs gehen. Als Vertreterinnen der „Bekennnisgeneration“ waren und sind sie weitaus radikaler, reaktionärer, aber auch autonomer als die einstige weibliche Gründungsgeneration. Die Erneuerung des weiblichen Personals hinterfragt das folgende siebte Kapitel vor dem Hintergrund der politisch-strategischen Entwicklungen der NPD seit der „Wende“. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf das Profil, die Stellung und die Tätigkeitsbereiche der „neuen“ Akteurinnen gelegt, also jener Parteifunktionärinnen, Aktivistinnen und Mandatsträgerinnen, die in dieser letzten, in der Gegenwart noch nicht abgeschlossenen Phase besonders hervorgetreten sind.

1. Nationaldemokratische (Irr-)Wege seit der „Wende“

1.1. Neuformierung der NPD in der Ära Deckert (1991–1996)

Zum Zeitpunkt des Mauerfalls, als sich nun das ereignete, worauf die Partei seit 25 Jahren hingearbeitet hatte, befand sich die NPD in einer denkbar schlechten Lage. Sie hatte den abrupten Umbruch nicht für möglich gehalten, ihn weder anti-

mistisch bzw. neonazistisch sind. Nach 1990 kommen zu den westdeutschen „Neofaschisten“, wie sie Lutz Niethammer nennt, auch Frauen und Männer mit DDR-Sozialisation hinzu, die das Profil der „neuen“ NPD überaus stark geprägt haben und immer noch prägen.

zipiert noch vorbereitet und stand in der Wendezeit relativ plan- und konzeptlos da. Erste Versuche, in Ostdeutschland Fuß zu fassen, unternahm sie dennoch bereits im Dezember 1989. Westdeutsche AktivistInnen, die Frankfurter NationaldemokratInnen Karl Krauß, Ursula Gerhold und Christine Ringmayer etwa, nahmen an den Leipziger Montagsdemonstrationen teil, um Propagandamaterial unter das Volk zu bringen; andere suchten den Kontakt zu Kadern der NDPD, des ostdeutschen Pendanten zur NPD, um politische Bündnisse zu schmieden. Doch wurden derartige Bestrebungen aufgrund ideologischer Unstimmigkeiten schnell wieder aufgegeben.³ Wegen fehlender politischer Stützpunkte oder Allianzen im Osten sah sich die NPD gezwungen, ihren „Aufbau Ost“ – im Sinne einer Verankerung nationaldemokratischer Strukturen in Ostdeutschland – eigenhändig zu meistern. Es setzte ein für die Partei langwieriger und kostspieliger Prozess ein, der Unmengen von Mitteln und Ressourcen verschlang, dabei aber zunächst nur dürftige Ergebnisse zeitigte.⁴ Zwar brachte Rainer Prigge am 24. März 1990 mit der Gründung der Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MND)⁵ in Sachsen einen ostdeutschen Ableger zustande, den er im Oktober 1990 anlässlich des außerordentlichen Erfurter Bundesparteitags in die Mutterpartei überführen konnte, doch blieb die nationaldemokratische Durchdringung der ostdeutschen Umbruchsgesellschaft zunächst recht überschaubar. Dabei war der Kontext für westdeutsche politische Kräfte durchaus sehr förderlich: Das politische Vakuum, das durch den Abbau des SED-Staats entstanden war, begünstigte den Einzug „neuer“ Ideen; aus der Aufbruchstimmung und „Weihe“ des Moments konnte die NPD jedoch kein Kapital schlagen. Weder Mitglieder noch Wahlen konnte sie in der „Wende“-Zeit für sich gewinnen. Bei keiner der 1990 in den fünf neugegründeten ostdeutschen Bundesländern stattfindenden Landtagswahlen, für die aus Personalmangel hauptsächlich westdeutsche NationaldemokratInnen aufgestellt worden waren, konnte sie die 1-Prozent-Marke überschreiten. Auch in Westdeutschland ging sie bei den saarländischen und niedersächsischen Parlamentswahlen mit jeweils 0,2% der Zweitstimmen so gut wie leer aus. Nicht zuletzt machten die schlechten Ergebnisse, die sie bei der „Schicksalswahl“ – der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 – einfuhr (0,3%), die letzte Hoffnung vieler Parteikader, doch noch Einfluss auf die sich unmittelbar vollziehenden Transformationsprozesse nehmen zu können, einfach zunichte. Ebenso wie die Republikaner und die DVU, die zu jener Zeit dominierenden Kräfte der „nationalen Opposition“, konnte sich die NPD in der unter

³ Die NDPD war 1948 zunächst als Sammlung von NationalistInnen und NationalsozialistInnen in der sowjetischen Besatzungszone gegründet worden. In der DDR unterstützte sie als Blockpartei die Politik der SED und ging 1990 letztendlich in der FDP auf. Vgl. Walter, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD); Schreiber, Deutsche.

⁴ Hoffmann, NPD, S. 150 f.

⁵ Zunächst hatte man von der expliziten NPD-Etikettierung abgesehen, um einem möglichen Parteiverbot vorzubeugen, weil das von der Volkskammer am 21. Februar 1990 verabschiedete „Gesetz über Vereinigungen“ die Gründung von „faschistischen, militaristischen oder antihumanistischen“ Parteien unterband; vgl. Gesetz über Vereinigungen, § 2, Abs. 2.

christdemokratischen Vorzeichen stehenden deutschen Wiedervereinigung nicht profilieren.⁶ Recht anschaulich resümiert der Politikwissenschaftler Uwe Hoffmann die „bittere Ironie der Geschichte“,

„dass ausgerechnet [die nationalistischen Parteien] – die am energischsten an der Wiedervereinigung festgehalten hatten – nun nicht ihre Isolation durchbrechen und keinen Einfluss auf den Vereinigungsverlauf nehmen konnten und auch hinsichtlich der Wahlergebnisse nicht im geringsten von dem Ereignis profitierten“.⁷

Der miserable Wahlausgang verstärkte die schleichende Auflösung der in ihren Grundfesten erschütterten NPD. Geschlagen und angeschlagen entschloss sich Martin Mußnug, den viele für den politischen Absturz ihrer Partei verantwortlich machten, Mitte Dezember 1990 zum Rückzug: Nach fast 20 Jahren in dieser Position trat er vom Parteivorsitz zurück und verließ mit einigen ihm noch treu gebliebenen AnhängerInnen die NPD, um 1991 die Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte (DA-VR) zu gründen, die auch unter ihrem späteren Namen Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) dazu verdammt schien, ein politisches Schattendasein zu fristen.

Seine Nachfolge trat Günter Deckert an. Dieser hatte sich beim Parteitag vom Juni 1991 mit einer resoluten Anti-Mußnug-Linie gegen den baden-württembergischen Landeschef und Mußnug-Kandidaten Jürgen Schützinger durchsetzen können. 1982 noch aus der Partei ausgetreten, war Deckert kurz vor dem Parteitag wieder eingetreten, mit dem erklärten Ziel, sowohl die Strategie als auch die weltanschaulichen Prinzipien der Partei komplett zu überdenken: Das Wahlbündnis mit der DVU sollte ausgesetzt, die Einflussnahme im Osten mit Unterstützung lokaler Neonazis ausgeweitet, der Aktivismus forciert und die „liberal-hyperdemokratisch-bürgerlich[e] Tendenz“ der vormaligen NPD-Chefs ein für alle Mal ad acta gelegt werden.⁸ Als glühender Anhänger der „Neuen Rechten“, zu deren Popularisierung er in Deutschland einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet hatte, erhob Deckert deren kulturelle, rassistische und revisionistische Thesen zu Grundpfeilern der Parteiideologie.⁹ Durch diesen Impuls wurde der für die Partei seit den 1960er-Jahren im Laufe der Zeit zwar variierte, dennoch bis dahin verbindliche bürgerlich-nationalkonservative Grundtenor durch eine dezidiert national-revolutionäre, eine im Kern antikapitalistische wie antirepublikanische Linie

⁶ Die NPD-Niederlage lässt sich einerseits durch die außerordentliche Mobilisierungs- und Integrationskraft der CDU und ihres Spitzenkandidaten, des als „Kanzler der Einheit“ gefeierten Helmut Kohl, erklären, die in ihrer Wahlkampagne teilweise gezielt auf nationalistische Motive zurückgriffen und somit die extreme Rechte ins Abseits beförderten. Besonders zum Tragen kam aber vor allem die missliche thematische Orientierung der NPD, die sowohl das Lebensgefühl als auch die unmittelbaren Sehnsüchte der ostdeutschen BürgerInnen zu verkennen schienen und die wie in den Jahren zuvor undifferenziert auf Ausländerfeindlichkeit und Rassismus setzte bzw. gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze agitierte. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 252.

⁷ Ebenda, S. 251.

⁸ Ebenda, S. 257.

⁹ Moreau, Les héritiers du III^e Reich, S. 226.

ersetzt. Der Bruch mit der „alten“ NPD zeigte sich besonders deutlich im Umgang Deckerts mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Öffentliches Aufsehen bescherten dem als Holocaust-Leugner Berüchtigten vor allem die unzähligen antisemitischen Provokationen und zahlreichen Gerichtsverfahren, die wegen Volksverhetzung und Diffamierung gegen ihn angestrengt wurden und zuweilen mit Geld- und Freiheitsstrafen endeten.¹⁰ Diese antisemitischen Entgleisungen waren es, die die Berichterstattung über die NPD bis Mitte der 1990er-Jahre dominierten.

Angesichts der öffentlichen Empörung und dem damit einhergehenden Imageschaden formierte sich gegen den neuen Parteivorsitzenden Widerstand, an dem sich die Saarländerin Ellen-Doris Scherer tonangebend beteiligte. Als Bundesvorstandsmitglied und Chefin gleich zweier Landesverbände, des saarländischen und rheinland-pfälzischen Landesverbands, erfreute sich diese 1957 in Puttlingen geborene Nationaldemokratin¹¹ zu diesem Zeitpunkt innerhalb der Partei einer gewissen, für Parteifrauen ungewöhnlichen Geltung. Sie wagte es, Deckerts radikal vergangenheitsfixierten Kurs und aggressiven Tonfall, seine „chaotische“ Parteiführung und finanzielle Misswirtschaft öffentlich zu monieren und sich beim Bundesparteitag im niedersächsischen Copenbrügge am 18. August 1993 gegen ihn zur Wahl zu stellen.¹² Zur Eigenwerbung hatte sie kurz zuvor einen Appell in der „Deutschen Stimme“ veröffentlicht, in welchem sie die Wahl einer Parteichefin zum Signum einer verheißungsvollen Zeitenwende machte. Die Zeit sei reif für eine weibliche Führung – sie stehe für Modernität und Erneuerung und sei im Hinblick auf die politische Schieflage auch dringend notwendig, hatten Frauen doch bereits in der Vergangenheit ihre vermeintlich heilsbringenden Kompetenzen in akuten Notlagen unter Beweis gestellt:

„Zu bedenken wäre, ob nicht einmal eine Frau anstelle eines Mannes die Geschicke der Partei leiten sollte. Damit würden wir Nationaldemokraten einer Notwendigkeit gerecht, die unserem Volk in der Politik schon viel zu lange vorenthalten wurde. Frauen haben in Deutschland die größten Leistungen neben dem deutschen Mann erbracht und damit nicht einen Krieg der Geschlechter, sondern einem Miteinander gedient. Oft waren es in der Geschichte gerade Frauen, die in letzter Minute den Karren aus dem Dreck gefahren haben, indem sie die Getreuen, die schon aufgeben wollten, am besten zum Weitermachen zu motivieren verstanden. Eine Frau als zukünftige Bundesvorsitzende der NPD kann sich als der geschickte Schachzug erweisen, mit dem die NPD die politischen Verhältnisse in unserem Land wieder nachhaltig mitgestalten kann.“¹³

¹⁰ In Weinheim empfing er am 10. November 1991 den amerikanischen Holocaust-Leugner Fred Arthur Leuchter. In dem „Leuchter Report“ betitelten „Bericht“ von 1988 hatte Leuchter die „Auschwitz-Lüge“ entlarven wollen, indem er die faktische „Unmöglichkeit“ des industrialisierten Massenmords an Juden darzulegen vorgab. Wegen seiner offen antisemitisch-apologetischen Haltung wurde Deckert 1992 und 1995 jeweils zu einer ein- bzw. einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Mitte der 1990er-Jahre liefen parallel noch sieben andere Gerichtsverfahren gegen ihn. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 266 ff.

¹¹ Biographische Angaben zu Ellen-Doris Scherer liefern Renate Bitzan und Katrin Sturhan in ihren Kurzbiographien; vgl. Bitzan, Rechte Frauen, S. 267 f.

¹² Hoffmann, NPD, S. 270.

¹³ Ellen-Doris Scherer, Eine Frau als Bundesvorsitzende, in: DS, Nr. 7–8/1993, S. 16.

Mit ihrem Aufruf überzeugte sie jedoch nur wenige Delegierte: Mit 45 zu 115 Stimmen musste Scherer bei der Wahl zum Parteivorsitz eine herbe Niederlage einstecken. Zwei Jahre später gelang ihr beim Arnstorfer Parteitag wiederum die Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden, einer Funktion, die sie gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Udo Holtmann und dem bayerischen NPD-Chef Udo Voigt wahrnahm. Bei dieser Abstimmung konnte sich Deckert mit 92% der Stimmen zum letzten Mal souverän an der Parteispitze behaupten. Drei Monate später, am 30. September 1995, wurde er jedoch angesichts einer drohenden Haftstrafe durch ein Votum des Parteipräsidiums seines Amtes enthoben. Aus Solidarität für Deckert trat Voigt, der die Entscheidung als maßlos und willkürlich betrachtete, von seinem Amt zurück und überließ den von ihm als „Putschisten“ und „Verräter“ verunglimpften „Rebellen“ Holtmann und Scherer die Leitung der zutiefst gespaltenen Partei. Unterstützt wurden die beiden „Abtrünnigen“ jedoch nur von ihren jeweiligen Landesverbänden, die im Verhältnis zu Voigts bayerischem Landesverband zu unbedeutend waren, um ihre hegemonialen Ansprüche geltend machen zu können.¹⁴ Schlussendlich entschied Udo Voigt den internen Machtkampf für sich: Beim außerordentlichen Parteitag in Bad Dürkheim wurde er 1996 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ellen-Doris Scherer wurde aus dem Bundesvorstand verdrängt. Wenngleich sie es als kommissarische Bundesvorsitzende sehr viel weiter gebracht hatte als ihre Vorgängerinnen, veranschaulicht ihr politischer Sturz die hohen, gar unüberwindlichen Hürden, denen sich die Nationaldemokratinnen in den 1990er-Jahren – und auch danach – noch ausgesetzt sahen: Aufstiegswillige Parteifrauen wurden systematisch ausgebootet.

In der ersten Nachwendezeit mochte Günter Deckert auf seine disruptive Art der so gut wie fossilisierten Partei durchaus einen neuen Elan verschafft haben, doch die Durchsetzung der viel beschworenen politischen „Erneuerung“ ließ auf sich warten. Sie war in der Praxis mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die konfliktbedingten Animositäten sowie die horrenden Schulden, die sich Anfang der 1990er-Jahre u. a. aufgrund des kostspieligen Struktur- und Ideologietransfers von West- nach Ostdeutschland auf ca. 1,5 Mio. DM beliefen, waren dem Aktivismus besonders abträglich. Zudem hatten die regelmäßigen Wahlschläppen von 1992 bis 1994 viele AnhängerInnen vergault – bis 1996 verlor die Partei die Hälfte ihrer Mitglieder. Seinem Nachfolger hinterließ Deckert einen politischen Scherbenhaufen. Allerdings sollte sich die strategische Weichenstellung, die er gleich zu Beginn seiner Amtsübernahme im Verborgenen initiiert hatte und die im Wesentlichen darin bestand, die Partei an das neonazistische Milieu anzudocken, mittelfristig als politisch fruchtbar erweisen. Sie erlaubte es Voigt in den darauffolgenden Jahren, den Einflussbereich der NPD besonders im Osten der Republik zu konsolidieren. In der Ära Voigt wurde die damit verbundene Radikalisierung bzw. Nazifizierung zum Motor eines umfassenden personellen und ideologischen Wandels, der auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht seinen Niederschlag fand.

¹⁴ Über die internen Querelen vgl. Tage gezählt, in: Der Spiegel, Nr. 43, 1995, S. 89.

1.2. Deutsch-deutsche Kontinuitäten: Frauen im west- und ostdeutschen Neonazismus der 1980er-Jahre

Nach Schätzungen des französischen Historikers Patrick Moreau hat es in der Bundesrepublik, von 1960 bis 1990, ca. 400 neonazistische Gruppierungen gegeben. Die Zahl mag auf den ersten Blick freilich als beträchtlich erscheinen, sie war dennoch überwiegend dem Gründungsseifer einiger weniger Aktivisten geschuldet, die wie der rechtsnationale Verleger Erwin Schönborn¹⁵ bestrebt waren, durch ständige Neugründungen von teilweise sehr kurzlebigen Organisationen und Parteien die Arbeit der Geheimdienste zu erschweren, Verbote zu umgehen und das bis in die 1980er-Jahre recht marginal gebliebene neonazistische Milieu größer wirken zu lassen, als es in Wirklichkeit war.¹⁶ Neben postnazistischen Parteien wie der SRP oder DRP entstanden bereits in den 1950er-Jahren einige autonome Gruppierungen, die vor dem Hintergrund der medial stark rezipierten und kommentierten antisemitischen „Schmierwelle“ Anfang der 1960er-Jahre regen Zulauf erfuhren. Im Laufe des Jahrzehnts wurden diese Kräfte von der NPD absorbiert, spalteten sich aber bald schon wieder von ihr ab und stellten sich in den 1970er-Jahren hinter neonazistische Führungsfiguren wie Manfred Roeder, Friedhelm Busse, Thies Christophersen, Karl-Heinz Hoffmann oder Michael Kühnen, dem charismatischen Neonazi-Führer der 1980er-Jahre – alles Aktivisten, die im politischen Kampf eher auf Gewalt und Terror denn auf legale politische Mittel setzten. Bis zum Mauerfall blieb die Zahl der Neonazis in Westdeutschland relativ konstant bei 1 400, nach der „Wende“ stieg sie hingegen schlagartig an: 1993 lag sie deutschlandweit bei etwa 3 000 AnhängerInnen.¹⁷

Seine Langlebigkeit verdankte der Neonazismus¹⁸ dem beträchtlichen Bemühen der extremen Rechten nach 1945, über Organisationsmaßnahmen und Traditionspflege stets eine personelle und strukturelle Kontinuität zu gewährleisten.¹⁹ Von der Historiographie wurde der Neonazismus der 1980er-Jahre des Öfteren fälschlich als „Modeerscheinung“ präsentiert, welche sich, wie es Patrick Moreau ausdrückte, aus einem „Anti-68er Reflex“ speiste. Diesen Umstand führte der His-

¹⁵ In seiner langen Karriere als Neonazi hatte der Holocaust-Leugner und Geschichtsrevisionist Erwin Schönborn mehr als 30 einschlägige Organisationen und Parteien ins Leben gerufen.

¹⁶ Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 276.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 286.

¹⁸ Oft pauschalisierend als neonazistisches „Milieu“, als „Subkultur“ oder als „Szene“ bezeichnet, war und ist der Neonazismus, was seine Geschichte, seine politisch-weltanschauliche Ausrichtung, sein Auftreten und seine Symbolik betrifft, faktisch sehr heterogen: Kahlrasierte und uniformierte Skinheads und Naziskins treffen hier auf Hooligans, Nationalrevolutionäre auf Sozialrevolutionäre usw. Entstanden ist die Skin-Bewegung ursprünglich im linken Spektrum in Großbritannien, wo Jugendliche aus der Arbeiterklasse ihrem sozialkritischen Standpunkt bereits Ende der 1960er-Jahre mittels eines antikonformistischen Habitus Ausdruck verleihen wollten. Später traten Rechtsradikale zum Vorschein, die das Klassenbewusstsein durch ein Rassenbewusstsein ersetzten und durch Antisemitismus, Rassismus, NS-Verherrlichung und ein martialisches Auftreten eine kämpferisch-neonazistische Gegenkultur popularisierten. Vgl. Farin, *Skinheads*.

¹⁹ Pfahl-Traugher, *Rechtsextremismus*, S. 141–154.

toriker u. a. darauf zurück, dass die Akteure vornehmlich Jugendliche waren, die qua „Delinquenz“ ihren Anti-Konformismus und ihre „Revolte gegen die elterliche Autorität“ zum Ausdruck brachten.²⁰ Während die stark ideologisierten AnhängerInnen im Milieu verblieben, verließen die meisten es spätestens im Erwachsenenalter wieder, um sich einem „geordneten“ Leben widmen zu können. Empirische Daten machten tatsächlich deutlich, wie anziehend die neonazistische Subkultur, ihr antibürgerlicher und kameradschaftlich-rebellischer Impetus, ihre ideologische Radikalität und Gewaltaffinität auf junge Männer mit schwachem Bildungsniveau, auf Arbeiter, Auszubildende und Arbeitslose wirkte.²¹ Doch ignorierte diese simplifizierende Betrachtungsweise die gesamtgesellschaftliche Dimension des Phänomens. Sie bagatellierte und entpolitisierte nicht nur den Aktionismus der NeonazistInnen, sondern blendete auch deren Gewaltaffinität und die ideologisch-rassistischen Motivationen hinter den neonazistischen Gewaltexzessen der 1980er- und 1990er-Jahre aus: Immerhin ging es nicht selten um schwere Körperverletzung, Mord und Totschlag.²²

Damit verbunden war die zweite fälschlicherweise von Soziologen und Politikwissenschaftlern propagierte Annahme, wonach es sich beim Neonazismus um eine rein männliche Lebens- und Erfahrungswelt handele, in der Frauen höchstens als apolitische „Freundinnen“ auftraten, sonst aber nicht vorkamen. Dass dieses von der „männlichen Wissenschaft“ hervorgebrachte Narrativ zu kurz griff,²³ legten feministische Studien, welche die Geschlechtsspezifität in den Vordergrund rückten, bereits Anfang der 1990er-Jahre dar. Sie zeigten, dass es neben den Neonazis auch immer schon Neonazistinnen gegeben hatte, mochten sie auch weniger sichtbar sein. Bereits die Existenz von einschlägigen Frauengruppierungen innerhalb der führenden neonazistischen Organisationen oder Parteien – dem Bund deutscher Mädel (in der ANS/NA), der FAP-Frauenschaft (in der FAP) und der Deutschen Frauenfront (in der GdNF) – wies ganz offensichtlich auf diese Tatsache hin. Wenngleich es wegen der Klandestinität der Strukturen, welche diese Art der Militanz charakterisiert, keine belastbaren Daten zum Ausmaß der weiblichen Beteiligung gibt, gehen Expertinnen davon aus, dass Frauen in dieser Periode ca. ein Drittel aller AktivistInnen ausmachten.²⁴ Ihre Rolle beschränkte sich dabei

²⁰ Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 283.

²¹ Vgl. hierzu etwa Möller, *Rechte Glatzen*, S. 17–64; Fuchs/Lamnek/Wiederer, *Querschläger*.

²² Zur neonazistischen Gewalt als Alltagserfahrung vgl. Jansen, *Rassistische Alltagserfahrungen*; Gräfe, *Rechtsterrorismus*, S. 155–222; Bruhns/Wittmann, *Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen*.

²³ Von Sozial- und Politikwissenschaftlerinnen wie Birgit Rommelspacher, Renate Bitzan, Michaela Köttig oder Ursula Birsl formuliert, bezog sich diese feministische Kritik allgemein auf den klaren „Gender Bias“ der damaligen Rechtsextremismusforschung, der die Involviertheit von Frauen vollends ignorierte. Vgl. Rommelspacher, *Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft*, S. 83; Bitzan, *Variationen des Zweifels*, S. 99; oder Döhring/Feldmann, *Akteurinnen*.

²⁴ Renate Bitzan, „Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis“. Manuskript zum Impulsreferat im Rahmen der Veranstaltung „Brave Mädel und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus“, Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, 23. 1. 2008.

meistens auf eher traditionell ‚weibliche‘ Funktionen: Sie übernahmen vornehmlich logistische und organisatorische Aufgaben, konnten sich aber ebenso an Plakat-, Flugblatt- oder Graffitiaktionen sowie an Aufzügen und Märschen beteiligen und in selteneren Fällen die Gewaltaktionen ihrer Kameraden aktiv begleiten.²⁵

Mit dem Aufkommen von Skingirls profilierten sich im Laufe der 1990er-Jahre zudem Aktivistinnen eines neuen Typs. Gedacht als weiblicher Konterpart zu den äußerst viril auftretenden Skinheads, gestalteten sie ihre Selbstinszenierung – mit szenetypischer Kleidung und markantem Haarschnitt – fern geläufiger Weiblichkeitsstereotypen gewollt unangepasst und offensiv. 1991 gründete eine Gruppe Skingirls und Neonazistinnen die erste überregional vernetzte Frauenorganisation, die Skingirl-Front Deutschland (SFD), die sich in der Zeit ihres fast zehnjährigen Bestehens zu einem der bedeutendsten Pole neonazistischer Frauenagitation entwickelte und dafür in der Szene auch beachtliche Anerkennung erntete. Insofern zeichnet sich die Schwellenzeit der 1980er- und 1990er-Jahre zum einen durch eine Ausweitung bzw. eine räumliche Sichtbarwerdung und Brutalisierung des Neonazismus aus, zum anderen aber auch durch eine Modernisierung unter dem Vorzeichen eines Differenzierungsprozesses innerhalb der extremen Rechten, der auch in Geschlechterhinsicht seinen Niederschlag fand. Neben „Skingirls, Walküren und feine[n] Damen“, wie es Renate Bitzan ironisch zugespitzt formulierte,²⁶ existierte eine große Bandbreite an extremistischen Weiblichkeitsbildern und -praktiken,²⁷ die allesamt als geschlechtsmarkierte Spielarten des „braunen Pluralismus“ (Kirsten Döhring/Renate Feldmann) aufgefasst werden können.

Paradoxerweise lässt sich zur selben Zeit in der Deutschen Demokratischen Republik ein ähnlicher Radikalisierungsschub ausmachen: Auch hier charakterisieren sich die 1980er-Jahre durch die Expansion des neonazistischen bzw. „neofaschistischen“ Spektrums. Doch waren seine Entstehungsbedingungen ganz andere gewesen. Ausgehend vom antifaschistischen Gründungsmythos und dem damit einhergehenden Narrativ, der „real existierende Sozialismus“ habe auf dem von ihm gestalteten Territorium den historischen Nationalsozialismus nach 1945 umfassend ausgerottet, hatte die DDR die Frage rechtsextremer Kontinuitäten und ihrer gewalterzeugenden Begleiterscheinungen in Staat und Gesellschaft gänzlich ausgeblendet.²⁸ Im Kontext der Systemkonkurrenz diente ihr der Antifaschismus sowohl als Legitimationsbasis als auch als normatives Abgrenzungsmittel von der kapitalistischen, ergo „militaristischen“, „revanchistischen“ und „faschistischen“ Bundesrepublik. Dass dem in Wirklichkeit nicht so war, dass „die braune Saat“

²⁵ 1993 schätzte das BfV die Beteiligung von Frauen an neonazistischen Gewalt- und Straftaten auf 3,7%, doch dürfte die Dunkelziffer höher gelegen haben. Vgl. Sturhan, Zwischen Rechtskonservatismus und Neonazismus, S. 105 f.; Birsl, Rechtsextremistische Gewalt.

²⁶ So lautet der Untertitel des von ihr herausgegebenen Buchs: Bitzan, Rechte Frauen.

²⁷ Trültzsch, Frauen in der rechtsextremen Szene; Rommelspacher, Frauen und Männer im Rechtsextremismus.

²⁸ Zu Wirklichkeit und Mythos des Antifaschismus vgl. bspw. Leo/Reif-Spirek, Helden, Täter und Verräter, oder „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, Geschichte und politische Kultur in der DDR, in: Frei u. a., Zur rechten Zeit, S. 43–65.

(Harry Waibel) auch in der DDR aufging, haben Studien zur DDR-Geschichte bereits hinreichend gezeigt.²⁹ In den 1980er-Jahren stand die sich nur noch dank Repression und Überwachung an der Macht haltende SED dem Aufkeimen einer subversiven Skin-Subkultur recht ratlos gegenüber. Der Anziehungskraft, die sie auf einen nicht zu unterschätzenden Teil der ostdeutschen Jugend entfaltete, wusste sie nichts entgegenzusetzen. Ursprünglich innerhalb der Fußball-Fankultur angesiedelt, diversifizierte, politisierte und radikalisierte sich diese Gegenkultur zusehends. Neben sportaffinen Hooligans oder musikalisch interessierten „Oi-Skins“ traten gegen Ende des Jahrzehnts auch vermehrt „Faschos“ zum Vorschein, welche teilweise schon, ehe die Mauer fiel, den Kontakt zu westdeutschen „Kameraden“ pflegten. Abgesehen vom spezifisch ostdeutschen staatsfeindlichen Antikommunismus bestimmten wie im Westen die NS-Verherrlichung, der Rassismus und Antisemitismus die neonazistischen Parolen und Symbolik. In der soften Variante gab sich der neonazistische, in Banden, Cliquen oder Gruppierungen organisierte Aktionismus mit Provokationen, etwa Hakenkreuz-Schmierereien, „Sieg-Heil“-Rufen oder Hitler-Huldigungen, zufrieden. In den harten Fällen konnte er aber auf brachiale Gewalt zurückgreifen,³⁰ um sich durch pogromartige Übergriffe Ausdruck zu verschaffen.³¹ Nachahmungseffekte mag es freilich gegeben haben, gleichwohl ist der Neonazismus der DDR, mit seinen eigenen Erkennungsmarkern, Identifizierungslogiken und ideologischen Schwerpunkten, ein genuin ostdeutsches Phänomen gewesen, dessen Entwicklung sowohl der schleichenden Erosion aller staatlichen Strukturen als auch dem ökonomisch-sozialen Niedergang der Gesellschaft geschuldet war. Der Sozialismus verlor seine identitäts- und kohäsionsstiftende Bindekraft, das kommunistische Regime war ausgehöhlt und hinterließ immer mehr staatsfreie Räume.³²

Zu neonazistischen Frauen im Besonderen wurde bisher nur wenig Forschungsarbeit geleistet.³³ Laut einer von den DDR-Behörden verbotenen, vom MfS aber sehr genau rezipierten Studie von 1988, welche Konrad Weiß der „neofaschisti-

²⁹ Zur Reintegration ehemaliger NationalsozialistInnen in den DDR-Staatsapparat vgl. Bösch/Wirsching, *Hüter der Ordnung*; zu den Neonazis in der Volkspolizei, dem MfS oder der NVA siehe Waibel, *Die braune Saat*, S. 300–334; zum Rassismus in der DDR vgl. Waibel, *Anti-Faschismus*.

³⁰ Zu den öffentlichkeitswirksamsten, strukturiertesten, vom MfS beobachteten Gruppierungen gehörte die Lichtenberger Front, die sich später zu Ehren Hitlers in „Bewegung 30. Januar“ umbenannte. Von sich reden machte sie 1987 nach ihrem gewalttätigen Überfall auf ein Punkkonzert in der Ost-Berliner Zionskirche; Botsch, *Die extreme Rechte*, S. 101.

³¹ Vgl. Waibel, *Die braune Saat*; Wagner, *Rechtsradikalismus*; Bugiel, *Rechtsextremismus Jugendlicher*; Langner, *Affen und Banditen*. Der Kriminalstatistik zufolge gingen 15% aller zwischen 1988 und 1989 aufgezeichneten rechtsmotivierten Straftaten und „Provokationen“ von Täterinnen aus. Doch ist anzunehmen, dass dieser Wert nur bedingt die reale, vermutliche höher liegende Involviertheit von Frauen in den Gewaltaktionen spiegelt; vgl. Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 309.

³² Eisenfeld, *Rechtsextremismus*.

³³ Eine Ausnahme bildet hier die Potsdamer Historikerin Henrike Voigtländer, die sich seit Jahren mit dem Thema befasst; Voigtländer, Rowdy.

schen“ Subkultur in der DDR widmete, waren immerhin 20% aller AktivistInnen „Neofaschistinnen“. ³⁴ Jedoch lassen sich nicht alle weiblichen Partizipationsmodi über einen Kamm scheren: Der Blick in die Unterlagen des Berliner Stasi-Archivs beim BStU zeigt, dass Aktion, Intention, Ideologierungsgrad und Wirkungswille jener Akteurinnen sehr differenziert betrachtet werden müssen. Der evidenteste Rahmen des weiblichen Aktivismus bildete gewiss jener der gemischtgeschlechtlichen Cliques und Freundesbanden, in denen man ebenso auf passive Mitläuferinnen wie auf aktive „Kameradinnen“ traf. Auch wenn sie sich als „Faschos“ oder Skinheads zu erkennen gaben, so waren Komposition und Politisierungsgrad je nach Gruppierung höchst variabel. Vielen Jugendlichen galt der „Faschismus“ als spaßige Ablenkung vom tristen Alltag und als Begleitmusik für wilde, rauschhafte Feten und Feste. Einen Anlass dazu gab ihnen beispielsweise der 100. Geburtstag Adolf Hitlers, der am 20. April 1989 lautstark und scheinbar spontan von Jungen und Mädchen in aller Öffentlichkeit – entsprechende Feten wurden in Rostock, Ilmenau und Ost-Berlin gemeldet – begangen wurde. ³⁵ Von den Sicherheitsbehörden mit Argwohn beobachtet, hatte das „rowdyhafte Verhalten“ für die einen sicherlich einen ausdrücklich apologetischen Sinn, für andere wiederum war es ein willkommener Vorwand, um durch gezielte Provokationen und Tabubrüche rund um das Reizthema „Faschismus“ eine jugendliche Verweigerungshaltung offenzulegen.

In anderen Fällen waren Mädchen und junge Frauen Mitglied in explizit neonazistischen Gruppierungen, wie das Beispiel der SS-Geheimorganisation Wolgast exemplarisch veranschaulicht. 1988 von sechs Männern und zwei Frauen in Wolgast gegründet, war die Organisation nach dem nationalsozialistischen Vorbild strikt hierarchisch aufgebaut. Der „Rottenführerin“ Sieglinde W. wurde die Sekretariatsarbeit zugewiesen, während den Männern die „Führung“ und „Entscheidung“ vorbehalten blieben. Zu den Aktivitäten der Gruppe gehörten konspirative Treffen, gesellige Abende ebenso wie SS-Gedenkveranstaltungen oder Ausflüge, etwa zum Wehrmachtstbunker im nahegelegenen Koserow auf Usedom oder zur KZ-Gedenkstätte Ravensbrück. Zur „Wehrrtütigung“ wies das selbsternannte Oberhaupt Matthias S. seine „KameradInnen“ an, Gewalt gegen Unbeteiligte zu üben: Ein Nachbar wurde in einer Wohnung schwer misshandelt. Von einer IM in Kenntnis gesetzt, verhaftete das MfS im Zuge eines „operativen Vorgangs“ die sechs Gruppenmitglieder. Nach einer mehrwöchigen Untersuchungshaft und etlichen Verhören entließ die Stasi die zwei beteiligten Frauen wegen mangelnder

³⁴ Konrad Weiß, Junge Faschisten in der DDR, o. S., vgl. BStU, MfS HA XXII Nr. 262/7, S. 18. Zur Beobachtung und Handhabung des Milieus durch das MfS vgl. Süß, Wahrnehmung und Interpretation; Wagner, Die Stasi und Neonazis.

³⁵ Meist wurden von Polizei und Staatssicherheit nur die Jungen als Rädelsführer identifiziert, verhaftet und verurteilt; Mädchen wurden als „apolitische“ und „intellektuell beschränkte“ Mitläuferinnen eingestuft und nach einer mündlichen Verwarnung ihren Eltern übergeben. Manchmal wurden in ihren jeweiligen Schulen Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet. Dafür spricht exemplarisch der Fall von Karina S., die „Führers Geburtstag“ mit ihrer Clique in Ilmenau gefeiert hatte; vgl. BStU, MfS, HA XXII, Nr. 1258.

Ideologisierung (Sieglinde W.) oder „nachweislicher Debität“ (Petra G.) wieder. Die Männer jedoch wurden allesamt wegen „Verherrlichung des Faschismus“ zu Haftstrafen verurteilt.³⁶ Dieses Beispiel verdeutlicht, wie sehr geschlechtsrelevante Zerrbilder die Ermittlungsverfahren des MfS bestimmten: Der „Faschismus“ der Frauen wurde in der Regel unterschätzt, bagatellisiert, pathologisiert und letztendlich auch entpolitisiert.

Mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse fällt insbesondere die größere Geschlechtermischung in den ostdeutschen Gruppierungen auf, die vermutlich mit dem in der DDR formal beanspruchten und vielfach praktizierten Egalitätsanspruch zusammenhing. Wegen der staatlich verordneten Einbindung der Frauen in den Produktionsprozess vermengten sich männliche und weibliche Lebensbereiche eher als im Westen, was nicht bedeutet, dass die ostdeutsche Gesellschaft nicht auch auf einer patriarchalen Ordnung beruhte. Aus den eingesehenen Quellen ließen sich keine Spuren von exklusiv weiblichen Gruppierungen ausfindig machen, vielleicht gerade weil Frauen im ostdeutschen „Neofaschismus“ mehr Akzeptanz genossen als ihre westdeutschen Pendanten und den Separatismus nicht nötig hatten. Bewerten kann man diesen Tatbestand als paradoxen Effekt des „Modernisierungsvorsprungs“ (Rainer Geißler), den man DDR-Frauen in dieser Periode allgemein zuschrieb.

Vereinzelt hat es in der letzten Phase der DDR auch „einsame Wölfinnen“ gegeben, die ihren Aktivismus autonom gestalteten und aus einer fundamentaloppositionellen Haltung heraus einen stark politisierten Kampf gegen das kommunistische Regime führten. Katja D. aus Bernau steht für diesen Typus. Sie wurde von einer Lehrerin dem MfS gemeldet, als sie sich 1988 in einer Klausur selbst als „Skin“ bezeichnete und „faschistische“ Ansichten vertrat. Aus den Stasiakten, die zu ihrem Fall vorliegen, lässt sich entnehmen, dass sie anscheinend hervorragend über die westdeutsche Szene informiert war, Kassettenaufzeichnungen von Hitler-Reden besaß und sich selbst dem ideologischen Dunstkreis der FAP zuordnete. Mehrfach war sie wegen antipolnischer, antirussischer und antisemitischer Parolen aufgefallen und in einer Diskothek bei der aktiven Anwerbsarbeit für die „nationale Sache“ ertappt worden. Die Stasi stuft sie als potentielle Gefährderin ein und leitete Ermittlungen gegen sie ein. Zudem wurde die Lehrerschaft ihrer Schule durch gezielte Lehrgänge auf die Gefahr der „Faschisierung“ der Jugend aufmerksam gemacht.³⁷ Diese verfolgten die Machthaber der SED mit Besorgnis und Ohnmacht zugleich.

Schenkt man den Zahlen des MfS Glauben, so waren Ende der 1980er-Jahre über 1 500 Skinheads aktiv³⁸ – ein Potential, das die westdeutsche extreme Rechte unmittelbar nach dem Mauerfall auszuschöpfen gedachte, indem sie Aktivisten der Parteien (NPD, DVU, REP) und Organisationen (FAP, NF, DA usw.) vor Ort

³⁶ BStU, BV Rostock Abt IX, Nr. 45, S. 7–56, und Nr. 96, S. 45–182.

³⁷ BStU, MfS BV FfO Abt IX V 325/89, S. 12–41.

³⁸ Nach Schätzungen der öffentlichen Stellen hat es in Westdeutschland ca. 2 000 Skinheads gegeben; Waibel, *Die braune Saat*, S. 16.

entsandte, um Bündnisse zu schmieden und eine dynamische Weiterentwicklung des Spektrums zu fördern. Doch stießen sie zuweilen auch auf den Widerstand ostdeutscher NeonazistInnen, die sich weigerten, sich von Westdeutschen „kolonisieren“ zu lassen, geschweige denn ihre eigene Subkultur aufzugeben.³⁹ Nach abgeschlossenem Strukturtransfer in die neuen Bundesländer verzeichneten die rechts-extremen Parteien 1993 einen Zulauf von 6 000 Mitgliedern (500 für die NPD, 3 000 für die DVU und 2 500 für die REP); die neonazistischen Organisationen hatten insgesamt 500 Aktivistinnen hinzugewonnen.⁴⁰ Wie viele Frauen sich unter den neu rekrutierten Kräften befanden, ist nicht bekannt. Dass es aber ebenso weibliche Kontinuitätslinien zwischen dem „Neofaschismus“ der 1980er-Jahre und dem Neonazismus der 1990er- und 2000er-Jahre – umso mehr in der NPD – gegeben haben muss, scheint plausibel.

In der Nachwendezeit brannte sich der Neonazismus ins kollektive Bewusstsein ein, als sich zwischen 1991 und 1993 in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen eine beispiellose, pogromförmige Gewalt gegen Flüchtlinge und AsylbewerberInnen entlud.⁴¹ Dieser Gewaltausbruch korrelierte zu dem Zeitpunkt zwar mit einer besonderen sozio-ökonomischen und geopolitischen Konjunktur, dem Zusammenbruch der UdSSR, der Auflösung Jugoslawiens und dem damit verbundenen jähen Anstieg der Asylanträge in Deutschland, der medial und politisch zum Teil sehr heftig diskutiert wurde. Doch setzte diese rassistische Brutalität gleichzeitig eine in die 1970er-Jahre zurückreichende Gewalttradition fort.⁴² Der kriminelle Eifer, vom Auseinanderfallen des kommunistischen Staates in den 1980er-Jahren noch befördert, hatte sich nach der Wiedervereinigung vor dem Hintergrund der globalen Systemtransformation explosionsartig entzündet.⁴³ Der Staat versuchte den neonazistischen Schub einzudämmen, indem er zwischen 1992 und 1995 ein Dutzend einschlägiger Organisationen verbot⁴⁴ und

³⁹ Botsch, *Die extreme Rechte*, S. 101.

⁴⁰ Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 310.

⁴¹ In Hoyerswerda attackierten Neonazis mehrere Flüchtlingsheime (17.–23. 9. 1991), in Rostock-Lichtenhagen wurden vietnamesische Flüchtlinge zur Zielscheibe der Gewalt (22.–26. 8. 1992). In Mölln (23. 11. 1992) und Solingen (29. 5. 1993) forderten Brandanschläge gegen ausländische Familien viele Menschenleben; Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 82 ff.; Frei u. a., *Zur rechten Zeit*, S. 161–181; Kleffner/Spangenberg (Hrsg.), *Generation Hoyerswerda; Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus, Im Schatten der Wende*.

⁴² Zwischen 1970 und 1990 verzeichnete die Kriminalstatistik zur rechtsmotivierten Gewalt 34 Morde, 148 Brandanschläge, 25 Bombenattentate, 12 bewaffnete Überfälle und 600 Fälle schwerer Körperverletzung in Westdeutschland. Hinzu kamen unzählige Delikte wie Friedhofsschändungen, Morddrohungen, das Tragen von verbotenen Abzeichen usw. Auf Seiten der Ermittler schätzte man, dass 4,5% aller Straftaten von Frauen begangen wurden. Vgl. Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 317.

⁴³ Die Zielgruppen der Neonazis waren divers: Linke AktivistInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, PolizistInnen, JuristInnen und Menschen mit Migrationshintergrund fielen der Gewalt zum Opfer. Für die 1990er-Jahre verzeichnete die Polizei 40 rechtsmotivierte Morde, eine Zahl, die laut Gideon Botsch in Wahrheit viel höher lag; vgl. Botsch, *Die extreme Rechte*, S. 107.

⁴⁴ Vom Bundesinnenministerium verboten wurden 1994 die NF, die NO und die WJ. 1995 folgte die FAP.

den AktivistInnen die Mobilisierungsbasis entzog. Einige begaben sich in den bewaffneten Untergrund, andere kamen in den freien Kameradschaften unter, viele verschlug es ebengerade in die JN oder die NPD, die in der Ära Voigt die radikalen Kräfte mit offenen Armen aufnahm. Deckert hatte zu seiner Zeit schon solide Brücken ins neonazistische Milieu geschlagen, nur hatte er die Annäherung aus legalistischen Erwägungen hinter Unvereinbarkeitsbeschlüssen kaschiert.⁴⁵ Die Verflechtungen der NationaldemokratInnen mit dem neonazistischen Milieu waren dennoch offenkundig. Die JN organisierte gemeinsam mit bekennenden NeonazistInnen musikalische oder erinnerungspolitische Events, so etwa den Rudolf Heß-Gedenkmarsch 1993 in Wunsiedel. Ferner blieben Wilhelmine Steffens und Edda Schmidt wesentliche Akteurinnen der WJ, dessen emblematischer Leiter Wolfgang Nahrath 1993 in den NPD-Vorstand gewählt wurde. Zwischen 1990 und 1992 veranstaltete Ursula Schaffers BKP jedes Jahr unter Mitwirkung der WJ, der NF, der FAP und der GdNF im brandenburgischen Halbe Märsche zu Ehren der Wehrmacht. Es ist wohl unzweifelhaft, dass das Verbot zahlreicher Organisationen Anfang der 1990er-Jahre zu einer generellen Neuformierung der extremen Rechten führte, von der besonders die NPD profitieren konnte. Die Eingliederung neuer AktivistInnen erweiterte nicht nur den Wirkungsbereich der Partei in den neuen Bundesländern, sondern ermöglichte darüber hinaus auch deren „Zweiten Frühling“ in den 2000er-Jahren.

1.3. Die Schärfung des neonazistischen Profils unter Udo Voigt, Holger Apfel und Frank Franz

Als Udo Voigt⁴⁶ am 23. März 1996 beim Bundesparteitag in Bad Dürkheim Günther Deckert an der Parteispitze ablöste, kündigte er gleich zwei fundamentale Zäsuren an: Zum einen sollte die Partei politisch grundrenoviert, zum anderen strategisch neu aufgestellt werden. Als Scharnier dienten ihm dafür die freien Kameradschaften und andere militante Kräfte, die er nun an die Partei heranführen wollte, um den Rückhalt im neonazistischen Milieu zu festigen. Während einer Veranstaltung im Februar 1998 rief er seinen neuen Verbündeten zu: „Wir fragen dich nicht länger, was du gestern gemacht hast, in welcher Organisation oder Partei du gewesen bist, sondern wir erwarten von dir, dass du bereit bist, dich einzubringen und einzufügen in unsere Organisation.“⁴⁷ Nur selten lehnten die so angeworbenen Kader aus verbotenen Organisationen die Vorstandsposten ab, die ihnen Voigt großzügig anbot.⁴⁸ So war der Schritt zur Sammlungs- bzw. „Bewe-

⁴⁵ 1992 verbot der NPD-Vorstand seinen Mitgliedern jedwede Mitgliedschaft in der NF, DA oder der FAP; Gerlach, Auswirkungen der Verbote, S. 244.

⁴⁶ Zur Biographie Udo Voigts vgl. Röpke, Udo Voigt.

⁴⁷ Zit. nach Gerlach, Auswirkungen der Verbote, S. 245.

⁴⁸ Der NPD gelang es somit, namhafte neonazistische Aktivisten wie Steffen Hupka, NPD-Chef in Sachsen-Anhalt zwischen 1997 und 2000, Thomas Wulff, Gründer der Nationalen Liste, der innerhalb des Bundesvorstands zum Beauftragten der „freien Kräfte“ ernannt wurde, oder Thorsten Heise, Kader des international agierenden „Blood & Honour“-Netzwerks, auf Füh-

gungspartei“ getan: Als selbsternannte Nationale außerparlamentarische Opposition (NAPO) wollte die NPD als politischer Hegemon die extreme Rechte hinter sich vereinen. Beschleunigt wurde der Konzentrations- und Umwandlungsprozess durch die Umsetzung eines Strategiepapiers, des sogenannten „Säulen-Konzepts“,⁴⁹ das parteiintern bereits 1996 ausgearbeitet und 1998 beim 27. Bundesparteitag in Stavenhagen diskutiert und verabschiedet wurde. Durch den gezielten, mit Hitler'schem Anklang beschworenen „Kampf“ um die „Straße“, die „Köpfe“ und die „Parlamente“, welcher später im Jahr 2004 in Leinefelde noch um den „Kampf um den vereinten Willen“ ergänzt wurde, versprachen sich die Parteistrategen, mithilfe einer anhaltenden Normalisierungstaktik mittel- oder langfristig die Mitte der Gesellschaft mit rassistisch-nationalistischem Gedankengut zu durchsetzen und der NPD so den Weg zur politischen Macht zu ebnen.

Dazu bedurfte es, so Voigt, einer radikalen Kursänderung: Die letzten Überreste der bürgerlich-nationalkonservativen Tradition wurden endgültig über Bord geworfen, fortan galt das national- bzw. sozialrevolutionäre Prinzip. Antikapitalismus, Antiglobalisierungsrhetorik und völkischer Nationalismus bestimmten die neue Programmatik. Unverblümt schrieb die „Deutsche Stimme“, auf diese Art

rungsposten zu etablieren und somit in die Partei einzugliedern. Zu den Einzelheiten vgl. ebenda, S. 241.

⁴⁹ Im „Kampf um die Straße“ ging es darum, der NPD anhand von regelmäßigen öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen, Aufzügen und Auftritten mehr Sichtbarkeit zu verschaffen, einen Imagewandel zu fördern und die Parteibasis durch die Mobilisierung und Rekrutierung junger Kräfte zu verjüngen. Eng damit verknüpft war der „Kampf um die Köpfe“, der darauf ausgelegt war, einen intellektuellen Schulterschluss zwischen rechtsnationalen, nationalrevolutionären und sozialrevolutionären Denkern aus Ost- und Westdeutschland unter dem Vorzeichen einer „sozialistischen Volksgemeinschaft“ zu erreichen. Ziel war es, dank der Intellektualisierung, Akademisierung und Professionalisierung des politischen Angebots die Deutschen über die Parteikreise hinaus von der Relevanz und Stringenz der nationaldemokratischen Weltanschauung und der Glaubwürdigkeit ihrer VertreterInnen zu überzeugen. Beide 2005 ins Leben gerufenen Initiativen, die vom sächsischen Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel als antihumanistisches und nationalistisches Pendant zur „Frankfurter Schule“ gegründete „Dresdner Schule“ und das als Parteistiftung konzipierte Bildungswerk für Heimat und nationale Identität, hatten dennoch nur eine flüchtige Existenz. Der „Kampf um die Parlamente“ umschrieb die Absicht, durch die regelmäßige Teilnahme an Wahlen die Macht der Partei Stück für Stück und vertikal von unten (Stadt- und Gemeindeparlamente) nach oben (Bundestag) auszuweiten. Hierbei spielte neben der politischen Glaubwürdigkeit, die sie sich dadurch erhoffte, auch das Parteienprivileg eine wesentliche Rolle: Als Stabilisierungsfaktor sollte es der NPD bei guten Wahlergebnissen mittels der Wahlkampfkostenerstattung regelmäßige Einkünfte garantieren. Die letzte Säule des Konzepts befürwortete die Etablierung einer „Volksfront“ von rechts, die durch das Zusammenspiel von NPD und anderen Parteien oder Organisationen des rechten Lagers entstehen sollte. Dazu zählen ebenso die Annäherung an die freien Kameradschaften und der 2005 mit der nationalkonservativen DVU abgeschlossene „Deutschlandpakt“, wonach keine der beiden bei Regionalwahlen konkurrierende Wahllisten aufstellen durfte. Dem Prinzip verdankten die DVU und die NPD 2004 ihren jeweiligen Einzugs in die Parlamente Brandenburgs und Sachsens. Am 1. Januar 2011 wurde die DVU der NPD im Zuge eines Fusionsprozesses schließlich einverleibt; der Zugewinn an Mitgliedern fiel aber eher karg aus. Detailliert zum „4-Säulen-Konzept“ vgl. Schulze, Viersäulenkonzept; Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 294–321; Jesse, Vier-Säulen-Strategie.

und Weise solle die „Überwindung des liberalkapitalistischen Systems und des bestehenden volksfeindlichen Parteienstaats“ erreicht, sprich die Etablierung eines „neuen Deutschlands“ ermöglicht werden.⁵⁰ Der Grundstein für die ideologische Nazifizierung der NPD war damit gelegt: In der Ära Voigt verwandelte sie sich in eine systemfeindliche und manifest neonazistische „Anti-Partei“.⁵¹ Gleichzeitig offenbart die Akzentuierung eines kapitalismus- und sozialkritischen Diskurses mit rassistisch-antisemitischer Grundierung die sich in diesem Jahrzehnt vollführende ideologische Gewichtsverschiebung von West nach Ost. Mit ihrem sozialrevolutionären Diskurs versuchte die NPD an die sozialistische DDR-Identität und deren kulturnationalistische Traditionen anzuknüpfen und dabei den Argwohn und die Desillusionierung über die sozioökonomischen Fehlentwicklungen, Diskrepanzen und Krisenerscheinungen im vereinten Deutschland rassistisch bzw. völkisch aufzuladen. Sie stieß damit zum Teil auf fruchtbaren Boden.⁵²

Dieses Bestreben ließ sich auch daran ablesen, dass der strukturelle Transfer in die neuen Bundesländer Ende der 1990er-Jahre noch weiter forciert wurde: Der Umzug der Parteizentrale nach Berlin-Köpenick im Jahr 2000 und die Profilierung Sachsens als NPD-Hochburg veranschaulichen diese Tatsache. Im dortigen Landesverband stieg die Mitgliederzahl innerhalb von zehn Jahren von 200 (1995) auf 1 400 (2004) und wuchs auch danach stetig an: Anfang der 2010er-Jahre umfasste er ca. ein Drittel aller NPD-AnhängerInnen. So ging es für die Partei seit dem Ende der 1990er-Jahre wieder langsam bergauf: Die sichtbare Erweiterung,⁵³ Verjüngung⁵⁴ und Feminisierung⁵⁵ der Basis gaben der NPD neuen Auftrieb. Auch

⁵⁰ Der deutsche Weg, in: DS, Nr. 6/2009, S. 15.

⁵¹ Aus Furcht vor einem erneuten Parteiverbotsverfahren – dergleichen wurden zwischen 2001 und 2003 sowie zwischen 2013 und 2017 eingeleitet – distanzierte sich die NPD öffentlich von allzu militanten neonazistischen Aktionen, was sie jedoch nicht daran hinderte, sich ganz offiziell dem „nationalen Sozialismus“ zu verschreiben. In seinem Urteil vom 17. 1. 2017 wies das Bundesverfassungsgericht dementsprechend auf die „Wesensverwandtschaft“ der NPD mit der historischen NSDAP hin, ohne sie jedoch zu verbieten.

⁵² Die kulturnationalistische DDR-Tradition rührt teilweise daher, dass die ostdeutsche Gesellschaft ethnisch sehr viel homogener war als die westdeutsche Einwanderungsgesellschaft; aus dieser Erfahrung speisten sich rassistische, xenophobe und kulturelle Vorbehalte gegen Einwanderer und Flüchtlinge, Pluralismus und Multikulturalismus, die sich nach der Wiedervereinigung noch erhärteten. Vgl. Johannes Willms, Die tiefen Wurzeln. Über einige Traditionen der Fremdenfeindlichkeit hierzulande, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 177, 3. 8. 2000, S. 13; Waibel, Anti-Faschismus; Mehrländer (Hrsg.), Rechtsextremismus. Zur „Ethnisierung“ der sozialen Frage siehe Grumke, Sozialismus ist braun.

⁵³ Die Zahl der NPD-Mitglieder stieg von 2 800 (1996) auf über 6 600 im Jahre 2010. Vgl. Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 103 f.

⁵⁴ 2009 lag das Durchschnittsalter der NationaldemokratInnen bei 40 Jahren und somit weit unter dem Durchschnitt der ChristdemokratInnen (56 Jahre) oder der Freien Demokraten (51 Jahre); über 15% der NPD-Mitglieder waren unter 25 Jahre alt; die Altersklasse der 26- bis 35-Jährigen machte fast ein Viertel aller Mitglieder aus (24%). Diese Jugendlichkeit ist wahrscheinlich auf die Integration meist junger neonazistischer AktivistInnen zurückzuführen; vgl. ebenda., S. 134 f.

⁵⁵ Dass die Feminisierung neben dem numerischen Anstieg von weiblichen AnhängerInnen auch ein qualitativer Prozess war, zeigt die symbolische Aufwertung der Parteifrauen durch

bestätigten die sich schrittweise verbessernden Wahlergebnisse die allmähliche politische Etablierung der Partei im Osten der Republik. Bei der Bundestagswahl 1998, bei der sie mit Mühe auf 0,3% der Zweitstimmen kam, stimmten die Ostbürger (0,7%) immerhin sieben Mal mehr für die NPD als die Westbürger (0,1%). Vier Jahre später konnte sie ihr Wahlergebnis auch trotz der in der Öffentlichkeit entbrannten Parteiverbotsdebatte leicht steigern (0,4%). Der Trend bestätigte sich bei der darauffolgenden Bundestagswahl von 2005 (1,6%) – der Anteil der ostdeutschen Wähler (3,6%) lag hier erheblich über dem der westdeutschen. Im Wahlkampf hatte die NPD versucht, die Linkspartei als SED-Nachfolgerin zu diskreditieren und ihr die in Ostdeutschland eher greifenden sozialpolitischen Themen streitig zu machen. Mit ihrer rassistisch gefärbten „Anti-Hartz IV“-Kampagne gelang es ihr, sozioökonomische Ressentiments gegen Einwanderer und gegen die rot-grüne Bundesregierung zu mobilisieren und sich als Partei der Unterprivilegierten bzw. vermeintlicher „Wendeverlierer“ zu präsentieren.⁵⁶ Die seit Mitte der 1990er-Jahre aufgestellte Strategie, Ressourcen und Ideologie gänzlich auf den Osten zu konzentrieren bzw. aus Enttäuschung und Ressentiment gezielt politisches Kapital zu schlagen, trug nun langsam ihre Früchte: Vertrauenserosion, Demokratieverdrossenheit, rassistische Vorurteile und die verheerenden sozialen Effekte der „Einheitspolitik“ spielten ihr in die Hände. Im August 2004 gelang ihr mit 9,2% der Stimmen der Einzug in den Sächsischen Landtag, 2006 folgte der politische Durchbruch in Mecklenburg-Vorpommern (7,3%).⁵⁷

Doch lange währte der „zweite Frühling“ nicht. Spätestens Ende der 2000er-Jahre kehrte der Trend sich wieder um, und dies, obwohl der unmittelbare Kontext der globalen Finanzmarktkrise (2007/08) und der damit einhergehenden abflauenden Konjunktur sich für sie hätte günstig auswirken können. Die Festnahme des NPD-Schatzmeisters Erwin Kemna im Februar 2008, gegen den wegen Veruntreuung von Parteigeldern ermittelt wurde, brachte den ohnehin schon aufgrund wahlkonjunktureller Querelen geschwächten Parteivorsitzenden noch weiter in

die Gründung der Frauenorganisation Ring nationaler Frauen im Jahre 2006. Vgl. dazu S. 281–315 in diesem Buch.

⁵⁶ Für den NPD-Erfolg in den neuen Bundesländern gibt es unterschiedliche Erklärungen. Mit ihrer Schwerpunktlegung auf sozioökonomische Themen konnte sie die Wähler für sich gewinnen, die der kommunistischen Tradition zwar weiterhin verbunden blieben, sich aber von der SED-Nachfolgepartei PDS abgewandt hatten. Sie profitierte von der Enttäuschung vieler Ostdeutscher über die als gescheitert empfundene „Einheitspolitik“. Man hatte den BürgerInnen der ehemaligen DDR „blühende Landschaften“ versprochen, doch konnte – oder wollte – man die durch die Treuhand beförderte Deindustrialisierung und den sozialen Niedergang dieses Gebiets nicht verhindern. Unmut herrschte vielerorts auch über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie des Westens, der dem Osten in vielen Bereichen die Mitwirkung versagte. Explizit auf den verletzten Stolz der ostdeutschen Bürger anspielend, erklärte Udo Voigt 1998 unvermittelt, die DDR sei das „bessere Deutschland“ gewesen, und traf damit einen Nerv. Zur ostdeutschen Transformationsgesellschaft als politische Chance für die extreme Rechte vgl. u. a. Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, S. 93 f.; Philippsberg, Strategie der NPD; Räther, Die sozialpolitische Konzeption der NPD; Wagner, DVU, NPD, REP in Ostdeutschland.

⁵⁷ Zu den Erfolgsbedingungen in Sachsen vgl. Steglich, NPD in Sachsen.

Bedrängnis.⁵⁸ Beim Bundesparteitag in Neuruppin wurde er am 12. November 2011 durch Holger Apfel, den von der innerparteilichen Opposition getragenen sächsischen Landesvorsitzenden, an der Parteispitze abgelöst.⁵⁹ Seit 2009 hatte er gegen die Voigt'sche Linie opponiert und für einen „sächsischen Weg“, d. h. für ein weniger offensives und im Dresdner Parlament schon eingeübtes pragmatischeres Auftreten der Partei geworben.⁶⁰ Diesen Kurswandel setzte er innerparteilich nun unter dem Schlagwort der „seriösen Radikalität“ um. Doch ging es ihm hierbei vor allem um rhetorische Schönheitskorrekturen: Die politische Sprache wurde abgemildert, es wurde auf NS-Bezüge verzichtet, der politische Inhalt aber wurde nicht deradikalisiert. Auf den harten Kern der AktivistInnen wollte er nicht verzichten, dafür jedoch durch ein gemäßigteres Image der NPD neue Wählergruppen erschließen. Erschwert wurde das Unterfangen durch das Aufliegen der Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011, das bundesweit für Erschütterung sorgte und einer erneuten Parteiverbotsdebatte Vorschub leistete, weil sich der Verdacht erhärtete, auch NationaldemokratInnen seien in die Untaten des terroristischen „Trios“ involviert gewesen. Trotz des öffentlichen Drucks einerseits und der anschwellenden Kritik der radikalen Kräfte andererseits, die sein Abrücken vom radikal-nationalrevolutionären Kurs als feige brandmarkten, konnte sich Apfel beim Bundesparteitag im April 2013 noch an der Spitze halten. Er trat kurz darauf – aus vermeintlich gesundheitlichen Gründen⁶¹ – jedoch von allen Ämtern zurück und verließ die Partei mit seiner Frau Jasmin Apfel noch im Dezember des gleichen Jahres.

Im November 2014 wurde, nachdem Udo Pastörs die Partei über Monate kommissarisch geleitet hatte, Frank Franz in Weinheim zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Vertreter eines bisher eher konturlos gebliebenen „aufgeklärten Nationalismus“⁶² spielte und spielt der gebürtige Saarländer die Karte der Kontinuität: Hinter der bürgerlich anmutenden Fassade bleibt die Parteipropaganda weiterhin nationalrevolutionär und völkisch. In den letzten Jahren war Frank mit der dringlichen Aufgabe konfrontiert, den scheinbar unausweichlichen Niedergang seiner Partei aufzuhalten. Nicht nur der stete Rückgang der Mitgliederzahlen,⁶³ sondern

⁵⁸ Vgl. Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 120–125.

⁵⁹ Zur Person Apfels vgl. Speit, Ist Holger Apfel so harmlos?

⁶⁰ Apfel beschrieb seinen Ansatz wie folgt: „Dieser ‚sächsische Weg‘ steht für einen gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik stellt und der sich von unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe abgrenzt.“ Zitiert nach Jesse, Extremismus und Demokratie, S. 158.

⁶¹ Laut internen Kreisen hätte eher die Bezeichnung, Mitstreiter sexuell belästigt zu haben, seinen Rückzug motiviert. Vgl. Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 95. Seine Darstellung und Abrechnung mit der Partei liefert der ehemalige Vorsitzende in seinem Buch: Apfel, Irrtum NPD.

⁶² BMI, Verfassungsschutzbericht 2014, S. 47.

⁶³ Der Mitgliederstamm schrumpfte von 6 000 (2012) auf 4 000 AnhängerInnen (2018). Vgl. BMI, Verfassungsschutzbericht 2018, S. 76.

auch die schlechten Wahlergebnisse der letzten Jahre⁶⁴ und das bis 2017 durchgeführte Parteiverbotsverfahren haben der NPD strukturell und finanziell zugesetzt: Anfang der 2020er-Jahre ist die NPD zu einer leeren Hülle verkommen.⁶⁵ Abgesehen von einigen Mobilisierungserfolgen wie dem „Schild & Schwert“-Festival im sächsischen Ostritz im April und November 2018⁶⁶ ist die Partei derzeit politisch weitgehend handlungsunfähig.

Beschleunigt wurde ihr Verfall durch das Aufstreben einer neuen politischen Kraft rechts von der CSU: der 2013 als eurokritische „Professorenpartei“ gegründeten Alternative für Deutschland (AfD). Insbesondere Frauke Petry, die sich 2015 neben Jörg Meuthen als Vertreterin einer bürgerlich-nationalkonservativen Linie gegen den Mitbegründer und Befürworter eines nationalliberalen Kurses, Bernd Lucke, an der Parteispitze behaupten konnte, gelang es, vor dem Hintergrund der schwelenden „Flüchtlingskrise“ und der islamistisch motivierten Terrorgefahr in Europa den deutschen „WutbürgerInnen“ eine politische Stimme zu verleihen.⁶⁷ Gestützt auf zivilgesellschaftliche Initiativen wie die rassistisch-rechtspopulistische Bewegung PEGIDA, die seit 2014, zuerst in Dresden, dann in der ganzen Republik, durch ritualisierte Kundgebungen sowohl gegen Flüchtlinge und Muslime als auch gegen das politische Establishment und öffentlich-rechtliche sowie etablierte gedruckte Medien hetzte,⁶⁸ schaffte es die AfD, ihren politischen Führungsanspruch in der „nationalen Opposition“ zu bekräftigen und ihren Streifzug durch die politischen Institutionen der Bundesrepublik fortzusetzen: Anders als die NPD es je vermocht hatte, eroberte sie nicht nur den Bundestag (2017), sondern auch sämtliche Parlamente auf Landesebene, teilweise mit beachtlichen Wahlergebnissen in Ostdeutschland,⁶⁹ wo die AfD mit Björn Höcke (Thüringen) als prominentem Vertreter des radikalen „Flügels“⁷⁰ an die seit der „Wende“ dort implementierte völkisch-nationalistische Tradition der NPD anknüpfen und diese fortführen bzw. stabilisieren konnte.

⁶⁴ Hatte sie bei der Bundestagswahl von 2013 noch 1,3% der Stimmen erhalten, fiel sie 2017 auf 0,4% der Zweitstimmen zurück. Auf Landesebene verlor sie ab 2014 alle ihre Landtagsmandate und somit auch die damit verbundene staatliche Förderung. Nach 2015 blieben ihre Ergebnisse, wenn sie denn überhaupt zur Wahl antrat, meistens weit unter einem Prozent.

⁶⁵ Trotz ihrer vom BfV konstatierten Verfassungswidrigkeit wurde die Partei aufgrund der vermeintlich „fehlenden Potentialität“ (Bundesministerium des Innern), ihre verfassungsfeindlichen Ziele in der Bundesrepublik politisch umzusetzen, nicht verboten. Im Juni 2017 beschloss Bundestag und Bundesrat jedoch per Grundgesetzänderung, die NPD wie alle potentiell verfassungsfeindlichen Parteien von jeglicher staatlicher Finanzierung auszuschließen. Das Grundgesetz wurde entsprechend ergänzt (Art. 21 GG Abs. 3).

⁶⁶ Vgl. BMI, Verfassungsschutzbericht 2018, S. 76.

⁶⁷ Zur AfD vgl. Häusler (Hrsg.), Alternative für Deutschland; Wildt, Volk; Funke, Von Wutbürgern und Brandstiftern; Friedrich, AfD.

⁶⁸ Decker, Alternative für Deutschland und Pegida; Geiges/Marg/Walter, Pegida; Vorländer/Herold/Schäler, PEGIDA; Speit, Bürgerliche Scharfmacher.

⁶⁹ 2019 erhielt die AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 23,5%, 27,5% bzw. 23,4% der Zweitstimmen.

⁷⁰ Vom BfV wegen seines völkischen Nationalismus zum „Prüffall“ erklärt, hat sich der „Flügel“ im Frühjahr 2020 nach eigenen Aussagen selbst aufgelöst; die einschlägigen Netzwerke bestehen jedoch weiter.

Trotz ihres Höhenflugs und ihrer auch öffentlichen Profilierung war Frauke Petry nicht imstande, sich an der Macht zu halten; wiederholt hatte sie auf die Gefahr einer Radikalisierung der Parteilinie hingewiesen, wodurch die AfD die gemäßigte, „bürgerliche Mitte“ verprellen würde, und diesbezüglich ihren Widersacher, den thüringischen Landeschef Björn Höcke, politisch herausgefordert. Sie wurde 2017 durch den rhetorisch radikaleren, aber innerparteilich konsensfähigeren Alexander Gauland abgelöst, der sich bis 2019 den Parteivorsitz mit Jörg Meuthen teilte. Zu den Faktoren des AfD-Erfolgs zählt neben ihrer politisch vielfach inszenierten „Neuartigkeit“ und der kontextbedingten Gelegenheitsstruktur, neben ihrem wohlkalkulierten politischen Opportunismus und frontalen Rechtspopulismus freilich auch die Hervorhebung weiblicher Persönlichkeiten, die der Imagebildung förderlich waren. Stets als gebürtige DDR-Bürgerin, Akademikerin und Unternehmerin, geschiedene und wiederverheiratete Mutter von fünf Kindern präsentiert, stand Frauke Petry, die inzwischen aus der Partei ausgestiegen ist, für ein „modernes“, bürgerliches und wertkonservatives Frauenbild, das beruflichen Erfolg und Mütterlichkeit mit politischem Sachverstand kombinierte und somit für viele AnhängerInnen und WählerInnen als „positive“ rechtspopulistische Identifikationsfigur – gar als „Anti-Merkel“ – herhalten konnte. Auch andere weibliche Kader bieten stereotypische Projektionsflächen – so etwa die adlige, ultrakonservative, lebensrechtsbewegte Katholikin und stellvertretende Bundessprecherin Beatrix von Storch oder die aus der Finanzwelt stammende, in einer lesbischen Beziehung lebende Bundestagsfraktionsvorsitzende Alice Weidel: Sie alle spiegeln die beachtliche Diversität lebensweltlicher wie politischer Standpunkte innerhalb der AfD; sie alle verkörpern auf ihre Art und Weise den für den zeitgenössischen Rechtspopulismus so prägenden modernen Traditionalismus.⁷¹

Die NPD-Führung hingegen hat nur selten auf „ihre“ Frauen gesetzt, um ihren Einflussbereich zu erweitern oder ihre Politik zu popularisieren; meist wurden die Aktivistinnen in den Hintergrund gedrängt. Und doch haben die strategische Neuorientierung (Öffnung, Diversifizierung, Radikalisierung), die geographische Schwerpunktverschiebung (von West nach Ost) sowie der soziologische Wandel (Verjüngung, Feminisierung) nach 1990 ein Gelegenheitsfenster für jene Frauen geöffnet, die sich im systemfeindlichen Neonazismus der NPD wiederfanden, den völkisch-nationalistischen Kurs nach außen vertraten, ihren Aktivismus aber auch dazu nutzten, ihre eigene Position innerhalb der Partei zu bekräftigen und sich neue Machträume zu erkämpfen. Exemplarisch dafür stehen die vier Nationaldemokratinnen, die im Folgenden kurz porträtiert werden.

1.4. Die „Bekannterinnen“: vier biographische Porträts

Kennzeichnend für die „neue“ NPD ist neben der Tendenz zur Feminisierung auch die grundlegende Erneuerung des weiblichen Personals. Vertreterinnen der

⁷¹ Zu den Frauen und Geschlechterbildern in der AfD vgl. Siri/Lewandowsky, *Alternative für Frauen*; Gutsche (Hrsg.), *Triumph of the Women*; Lang, *Feindbild Feminismus*.

„alten Garde“ wie Wilhelmine Steffens, Gudrun Dörfel, Martha Kruse oder Annelise Michels, allesamt Mitbegründerinnen der NPD, hielten der Partei zwar weiterhin die Treue, doch kamen in den 1990er- und mehr noch in den 2000er-Jahren verstärkt neue Aktivistinnen zum Vorschein. Als Teil der „Bekenntnis“-Generation waren sie meist nach 1950 in der Bundesrepublik oder der DDR geboren worden und hatten, anders als die „Erlebnisgeneration“, weder den Nationalsozialismus noch den Zweiten Weltkrieg erlebt. Ihr Bekenntnis zu den neonazistischen Werten und Idealen der NPD geschah weniger aus Sozialisation denn aus Überzeugung oder aus familiärer Tradition.⁷² Exemplarisch für die „Bekennerinnen“ unter den Nationaldemokratinnen stehen u. a. Doris Zutt, Edda Schmidt, Rita Hoffmann und Stella Hähnel, auf deren Laufbahnen hier kurz eingegangen werden soll, weil sie jeweils typenförmig den weiblichen Pluralismus in der NPD veranschaulichen und somit ihrem Nationalismus ein weibliches Gesicht verleihen.

In den 1990er-Jahren zählte Doris Klara Hildegard Zutt⁷³ zu den profiliertesten Frauen der NPD. 1955 im hessischen Hanau geboren, absolvierte sie nach ihrem Studium eine Ausbildung zur Handelskauffrau und arbeitete später als Altenpflegerin. Ab 1982 engagierte sich die Mutter von zwei Kindern mit ihrem Mann in der Partei, für die sie ab 1989 als Fraktionssprecherin im Stadtparlament von Ehringhausen (Hessen) saß. Bei den Kommunalwahlen von 1997 fuhr sie in ihrer Gemeinde mit 22,2% der Stimmen ein historisches Wahlergebnis ein, was die Parteileitung dazu veranlasste, sie für die Bundestagswahlen von 1998 und 2005 im Wahlkreis Lahn-Dill als Direktkandidatin aufzustellen, wo sie 1,3 bzw. 2,3% der Stimmen erhielt. 2007 kandidierte sie für das Amt des Oberbürgermeisters in Frankfurt am Main, im Jahr darauf trat sie als Spitzenkandidatin zur hessischen Landtagswahl an: Als solche erreichte sie 1,4% der Stimmen.

Neben ihrer langjährigen Tätigkeit als Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Lahn-Dill wirkte sie ebenfalls als stellvertretende Vorsitzende des hessischen Landesverbands und als Mitglied des NPD-Bundesvorstands (1993–2005). Dort war sie größtenteils für die Familienpolitik zuständig. Ihren Ruf konsolidierte sie in einschlägigen Kreisen mit der 1998 erfolgten Eröffnung des Szeneladens „Zutt’s Patriotentreff“, der als privilegierter Ort extremistischer Soziabilität bekannt war und zugleich zum Absatz illegaler Waren, darunter NS-Devotionalien, diente. Im Laufe der 2000er-Jahre wurde er nach polizeilichen Hausdurchsuchungen geschlossen. Nach ihrem Umzug 2008 nach Waren (Mecklenburg-Vorpommern) wurde sie 2009 und 2014 in den dortigen Stadtrat gewählt. 2015 sorgte ihre Festnahme im Plenarsaal der Stadtvertretung wegen ihrer Weigerung, nach den Ordnungsrufen des Stadtpräsidenten den Saal zu verlassen, für einen kleinen Eklat.⁷⁴

⁷² Michaela Köttig hat eine geschlechterbezogene Studie zu biographischen Dynamiken in der extremen Rechten vorgelegt; vgl. Köttig, Lebensgeschichten.

⁷³ Brück, Transnationalisierung, S. 209 ff.; Doris Klara Hildegard Zutt, in: Grumke/Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, S. 348 f.

⁷⁴ NPD-Abgeordnete von der Polizei abgeführt, in: Nordkurier, 19. 3. 2015, www.nordkurier.de (15. 2. 2017).

Als Kader und Mandatsträgerin gehört Doris Zutt immer noch zur Funktionselite der Partei, deren lokale Verankerung sie seit dem Ende der 1980er-Jahre, erst in Hessen, dann in Mecklenburg-Vorpommern, vorangetrieben hat. Ihr familialis-tisch geprägtes nationalistisches Weltbild hat sie in die bundesdeutsche Öffentlich-keit getragen, es sowohl in den Stadtparlamenten, bei Wahlkämpfen als auch bei rechten Events vertreten; deshalb kann sie sowohl als nationaldemokratisches Aushängeschild als auch als weibliches Scharnier zwischen der Partei und der ex-trem rechten „Bewegung“ betrachtet werden.

Andere Nationaldemokratinnen verbinden das öffentliche Bekenntnis mit dem nach innen gekehrten Kommunitarismus, so Edda Schmidt,⁷⁵ die 1949 in Weig-heim (Niederösterreich) in eine nationalsozialistische Familie hineingeboren wur-de. Der Vater Josef Biber war Mitglied der Waffen-SS, die Mutter Erika Biber eine BDM-Führerin. Die Familie ließ sich 1966 in der Bundesrepublik nieder und brachte sich seitdem beständig in den Strukturen und Netzwerken der extremen Rechten ein. Als Mitbegründer der Wiking-Jugend, einer nationalsozialistischen Nachwuchsschmiede, hatte Biber seine Töchter Edda und Hildrun in die Organi-sationsführung integriert: Beide waren in den 1970er- und 1980er-Jahren WJ-Bundesmädführerinnen. Anfang der 1990er-Jahre trat Edda Schmidt der Hei-mattreuen Vereinigung Deutschlands bei, die 1993, ein Jahr vor der WJ, aufgrund ihrer völkisch-nationalistischen Ausrichtung verboten wurde.

Schon zu Beginn ihres Geschichts- und Anglistik-Studiums 1967 in Tübingen wurde Edda Schmidt im Nationaldemokratischen Hochschulbund aktiv und trat im Jahr darauf in die NPD ein, die sie 1984, aus Protest gegen die von Mußgnug verordnete Abgrenzung von den nationalrevolutionären Kräften, wieder verließ. 1999 trat sie nach dem ideologischen Kurswechsel in der Ära Voigt wieder in die Partei ein und wurde 2001 in den baden-württembergischen Landesvorstand ge-wählt. Ab 2009 war sie drei Jahre lang RNF-Bundessprecherin, wodurch sie sich kraft ihres Amtes einen Sitz im Bundesvorstand sichern konnte. Außerdem trat sie bei den Landtags- und Bundestagswahlen der 2000er- und 2010er-Jahre für die Partei in den Wahlkreisen Hechingen und Tübingen-Hechingen als Kandidatin an.

Neben der Parteipolitik konzentrierte sie ihre Aktivität bisher vornehmlich auf die extremistische Gesinnungs- und Traditionspflege, brachte sich dementspre-chend in einer Vielzahl von Initiativen und Strukturen ein, etwa in nationalisti-schen Nachwuchsorganisationen oder in völkisch-ideologischen Gruppierungen wie der neuheidnischen und anthropologisch-rassistischen Artgemeinschaft. In Bisingen (Baden-Württemberg), wo sie seit Jahrzehnten mit ihrer Familie lebt, be-treibt sie mit ihrem Mann, Hans Schmidt, ein auf NS-Literatur spezialisiertes Anti-quariat. Sie ist darüber hinaus auch als Publizistin tätig: Zusätzlich zu ihren regel-mäßigen Beiträgen in einschlägigen Zeitschriften, wie den „Nachrichten der

⁷⁵ Edda Schmidt, in: Digitale Datenbank des Hartmut-Meyer-Archivs; Bitzan/Sturhan, Kurzbio-graphien, S. 269 f.; Kenzo, Flügelkämpfe ade, S. 7.

HNG“, „Nation & Europa“ oder der „Bauernschaft“, war Edda Schmidt auch langjährige Herausgeberin der WJ-Schülerzeitungen „Gäck“ und „Bauge“ sowie Autorin von mehreren Büchern, die sich hauptsächlich mit den ehemaligen, von ihr als deutsch reklamierten „Ostgebieten“ befassen.⁷⁶ Als Fachfrau für heidnisch-germanische Bräuche, Volkstanz und Folklore vermittelt sie im Internet, in Ausbildungslagern und Veranstaltungen die „germanische Kultur“ und tritt bei diversen Kundgebungen entweder als Vertreterin einer völkischen Familienpolitik oder als Sprachrohr für „politisch Verfolgte“ auf.⁷⁷ Im Mai 2015 wurde die hervorragend vernetzte Nationaldemokratin im NSU-Prozess wegen ihrer möglichen Kontakte zum Unterstützungsnetzwerk rund um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt als Zeugin vor Gericht geladen; aus Loyalität zu den „Kameraden“ verweigerte sie jedoch jegliche Auskunft, was ihre ideologische Beharrlichkeit und ihren Stellenwert als unverzichtbare Stütze der rechten Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft offenbart. Außerdem steht sie für einen Aktivismus, der auch intrafamiliär partnerschaftlich organisiert und von Generation zu Generation weitergegeben wird⁷⁸ und für die extreme Rechte somit auch nachhaltig stabilisierend wirkt.

Im Vergleich zu Schmidts linearem Werdegang war der von Rita Hoffmann weitaus erratischer. 1944 im thüringischen Großengottern geboren, wuchs sie in der DDR auf. Nach ihrem Studium und der Promotion arbeitete Hoffmann 1974/75 als wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Zentralkomitee der SED, später ging sie in den Schuldienst. Aufgrund ihrer Beziehungen zu RegimegegnerInnen wurde sie von der Stasi überwacht und zeitweise mit einem Lehr- und Berufsverbot belegt. 1994 erkannte sie das Thüringer Landesamt für Wiedergutmachung und Rehabilitation deswegen als „Verfolgte des SED-Regimes“ an. 1999 vom Kultusministerium rehabilitiert, konnte sie in ihren alten Beruf zurückkehren und bis zu ihrer Pensionierung 2004 als Gymnasiallehrerin in Gerstungen (Thüringen) tätig sein.⁷⁹

Zur „nationalen Opposition“ stieß sie erst Anfang der 2000er-Jahre, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge zum „Aufstand der Anständigen“ aufrief, den sie, laut Selbstaussage, als „Schock“, „Hetze“ und „Ungerechtigkeit“ empfand.⁸⁰ Unter einem

⁷⁶ Schmidt/Küttelwesch, Auf dem Weg nach Temeschwar.

⁷⁷ So bspw. am 9. 11. 2019 in Bielefeld bei einem Protestmarsch zum Geburtstag der wegen Volksverhetzung verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, die seit Mai 2018 ihre Haftstrafe in der dortigen JVA verbüßte.

⁷⁸ Ihre Tochter machte im September 2018 Schlagzeilen, als die angehende Pädagogin und Studentin in der Bremer Universität wegen ihrer rechtsextremen Familientradition „geoutet“ wurde. Vgl. Erika Rapphel-Kieser, Streit um Tochter der NPD-Funktionärin Edda Schmidt, in: Schwarzwälder Bote, 8. 9. 2018, www.schwarzwaelder-bote.de (15. 4. 2020).

⁷⁹ O.V., Thüringer NPD-Spitzenkandidatin Rita Hoffmann, in: Indymedia, 15. 9. 2005, <https://de.indymedia.org/2005/09/128234.shtml> (15. 4. 2017).

⁸⁰ „Es war die National-Zeitung, die die Hetze gegen das eigene Volk, gegen die eigene Jugend, das Beste, was wir haben, nicht mitmachte. Alle anderen – Politiker und Medien – heulten mit den Wölfen. [...] Dieser Schock über den ‚Aufstand der Anständigen‘ war es, der mich an die Seite der heute von Gutmenschen Verfolgten führte.“ Zitiert in: Esen, Rechte Mädels, Skin-girls und Biederfrauen, S. 33.

Pseudonym verfasste sie Artikel für die von DVU-Chef Gerhard Frey herausgegebene „National-Zeitung“ und trat nach ihrer Pensionierung vermehrt auch öffentlich in Erscheinung. Sie profitierte vom „Deutschlandpakt“, den NPD und DVU im Namen des „Kampfes um den vereinten Willen“ ausgehandelt hatten, und kandidierte bei der Bundestagswahl 2005 als parteilose Spitzenkandidatin auf der Thüringer Landesliste der NPD, zog sich dann aber aus der Parteipolitik zurück. Rita Hoffmann steht somit exemplarisch für die politischen Überläufer, die über Umwege vom Kommunismus zur extremen Rechten wechselten und die Öffnung der NPD ausnutzten, um sich zeitweilig ins politische Rampenlicht zu begeben. Auch steht ihre für Nationaldemokratinnen nicht ungewöhnlich flüchtige Karriere in der Partei für den politischen Opportunismus einiger Frauen, den sich auch die NPD zunutze machen wollte: Dank ihrer privilegierten Kontakte zu Frey und dem DVU-Umfeld, das es zu mobilisieren galt, dank ihrer DDR-Biographie, ihrem akademischen Profil und ihrer publizistischen Tätigkeit konnte die Partei sie als „intellektuelle“ Vorzeigepolitikerin funktionalisieren.

Für andere Frauen wiederum war der Eintritt in die NPD nur ein logischer Schritt innerhalb einer langwährenden rechtsextremen Laufbahn. Das gilt bspw. für das ehemalige Skingirl Stella Hähnel, das 1972 in West-Berlin geboren wurde. In den neonazistischen Zirkeln der neuen deutschen Hauptstadt lernte die ausgebildete Kauffrau ihren ersten Ehemann, Oliver Schweigert, kennen; über ihn, den Kühnen-Anhänger, gelangte sie ins Fahrwasser der GdNE, der FAP und der NA. Nach der Scheidung heiratete sie 2007 den „nationalistischen Liedermacher“ und neonazistischen Aktivisten Jörg Hähnel, der zeitweilig der Berliner NPD vorstand und mit dem sie auch in der Heimattreuen Deutschen Jugend bis zur deren Verbot 2009 aktiv war. Ihre nationaldemokratische Karriere verlief in mehreren Etappen: Sie begann 1992, als Hähnel sich dem Skingirl Freundeskreis Deutschland anschloss und dadurch den Aufbau von weiblichen Strukturen in der extremen Rechten forcierte. Als Mitbegründerin der NPD-nahen Gemeinschaft deutscher Frauen (2000) sowie später des Rings nationaler Frauen (2006) rekrutierte und mobilisierte sie Frauen für die Partei. Dieser war sie erst 1998 beigetreten, dort aber umso schneller aufgestiegen: Im Jahr 2000 wurde sie in den Berliner Vorstand gewählt, wo sie mal als stellvertretende Vorsitzende, mal als Beisitzerin tätig war. Zwischen 2006 und 2009 war sie ebenfalls Mitglied des Bundesvorstands und dort für den familienpolitischen Bereich zuständig. Bei der Bundestagswahl 2013 kandidierte sie in Brandenburg auf dem zweiten Listenplatz und war zwischen 2014 und 2019 Abgeordnete des Kreistags Teltow-Fläming. Wenngleich sie sich mittlerweile weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hat, ist das Beispiel Stella Hähnels interessant, weil ihr Parcours den Nazifizierungsprozess der NPD nach der Wiedervereinigung geradezu versinnbildlicht. Als militante Neonazistin wurde sie in der Ära Voigt in die Partei aufgenommen, mit Aufgaben betraut und gezielt gefördert. Als Mitbegründerin gleich mehrerer überregional agierender Frauenorganisationen hat sie die Feminisierung ihres politischen Milieus auch dadurch vorangetrieben, dass sie dem weiblichen Aktivismus ein Gesicht, eine Struk-

tur und mehr Sichtbarkeit verlieh: Bis Mitte der 2010er-Jahre galt sie deswegen als weibliche Galionsfigur der militanten extremen Rechten.⁸¹

Die mal sprunghaften, mal geradlinigen biographischen Wege dieser vier Frauen stehen beispielhaft für die praktizierte Öffnung der NPD und deren Bestreben, sowohl das Image als auch die Kaderstruktur sowie die Klientel zu diversifizieren und ein Stück weit zu feminisieren. In ihrer Funktion als nationalistischer Brückenkopf, als Türöffner zur Zivilgesellschaft oder als Bindeglied zur „Bewegung“ wirkten alle vier als nationaldemokratische Stabilisierungsanker. Ob aus Ost oder West, jung oder alt, traditionalistisch oder neonazistisch: Die Partei buhlte um diese „Bekennerinnen“, gewährte ihnen zuweilen auch mehr Spielraum sowie Funktionen und Ämter, vorausgesetzt, sie fügten sich der Parteidisziplin und hielten sich, sei es als Aktivistinnen, Kandidatinnen oder Mandatsträgerinnen, im öffentlichen Raum an die von ihr diktierten politischen Grundprinzipien. Ungeachtet dieser individuellen ‚Erfolgsgeschichten‘ fielen die Geschlechter- und Machtverhältnisse für die Nationaldemokratinnen als Kollektiv strukturell jedoch weiterhin besonders ungünstig aus.

2. „Weil die NPD nicht nur Männersache ist ...“: die Stellung der Frauen in der „neuen“ NPD

2.1. Das unverrückbare Machtgefüge: die Geschlechterverhältnisse in der NPD

Seit der Wiedervereinigung sind die Mitgliederzahlen in allen politischen Parteien der Bundesrepublik zurückgegangen. Waren 1990 jeweils 4 bzw. 2% aller wahlberechtigten Männer und Frauen noch Mitglied einer Partei gewesen, so schrumpfte dieser Anteil 2009 auf 2,7 bzw. 1,6%.⁸² Dieselbe Feststellung gilt, mit Blick auf den Frauenanteil, auch für die neuen Bundesländer nach der Systemtransformation: 1989 lag er in den Parteien der DDR bei 36,5%, bis Mitte der 2000er-Jahre sank er in Ostdeutschland auf ca. 25%.⁸³ In den 1990er-Jahren verzeichneten vor allem die kleineren Parteien die höchste Frauenrate: Das galt 1994 insbesondere für die PDS (43%) und Bündnis 90/Die Grünen (33%); bei den Volksparteien, der SPD (28%), CDU (25%) und CSU (15,8%),⁸⁴ war der Anteil an Frauen sichtbar niedriger. Nach der Jahrtausendwende feminisierten sich tendenziell alle Parteien,⁸⁵ die

⁸¹ Hähnel (geb. Palau), Stella, in: Belltower News, 3. 4. 2008, <https://www.belltower.news/haehnel-geb-palau-stella-50958/> (5. 4. 2017); Stella Hähnel, in: Digitale Datenbank des Hartmut-Meyer-Archivs.

⁸² Vgl. Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 76, und Kürschner, Frauen in den Parteien.

⁸³ Schmidt/Röser, Politische Partizipation von Frauen.

⁸⁴ Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 77.

⁸⁵ Bei den Grünen lag der Frauenanteil 2018 bei 40,5%, in der Linken bei 36,4%, in der SPD bei 32,6%, in der CDU bei 26,3% und in der CSU bei 20,7%; vgl. Frauenanteil in den politischen Parteien in Deutschland 2018, Statista Research Department, 13. 8. 2019, <https://>

NPD ebenso: Schätzungen zufolge schwankte die Frauenrate in den Parteien der extremen Rechten in den 1990er-Jahren zwischen 7 und 20%; 2001 lag sie in der NPD bei ca. 18%.⁸⁶ Der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Marx sprach 2006 hingegen von einem – vermutlich willentlich überschätzten – Frauenanteil von 27%.⁸⁷ 2011 bezifferten ihn Andrea Röpke und Andreas Speit auf 23%.⁸⁸ Es handelt sich durchweg um Angaben, die sich aufgrund mangelnder gesicherter Daten nicht einwandfrei bestätigen lassen, die aber dennoch auf eine plausible Größenordnung hinweisen. Anzunehmen ist, dass sich die NPD-Frauenrate in den 2000er- und 2010er-Jahren – wie etwa in der CDU – auf ca. 20 bis 25% belief.

Im Unterschied zu den republikanisch-demokratischen Parteien hat sich der Frauenanteil in den NPD-Führungsgremien aber nur geringfügig erhöht; die quantitative Feminisierung blieb hier weitgehend aus. Das zeigt exemplarisch der Vergleich mit der SPD, in der unter der Einwirkung von Quoten die Frauenrate im Bundesvorstand von 17,5% (1988) auf 38% (1993), später auf 41% (2012) anstieg; in der von Angela Merkel geführten CDU erhöhte sich jene innerhalb von 13 Jahren von 21,2% (1989) auf 34% (2012).⁸⁹ Bei der NPD blieb sie demgegenüber relativ konstant bei unter 10%, zwischen 2016 und 2019 verharrte sie bei niedrigen 5,8%.⁹⁰ Selten saßen mehr als zwei Nationaldemokratinnen gleichzeitig im Bundesvorstand. 2008, etwa anderthalb Jahre nach der Gründung des Rings nationaler Frauen, die den Parteifrauen ein wenig Auftrieb gegeben hatte, waren vier Frauen (12,5%) ins höchste Parteigremium gewählt worden: Neben der sächsischen Abgeordneten Gitta Schüssler und der RNF-Bundessprecherin Stella Hähnel stießen noch die beiden NPD-Landesvorsitzenden Carola Holz und Dörthe Armstropp dazu. Doch bildet dieser momentane – und durchaus recht dürftige – Höhepunkt eine Ausnahme in einer über 40 Jahre währenden Entwicklung, denn schon in den 1970er-Jahren pendelte der Frauenanteil im Bundesvorstand zwischen 6 und 8%. Die kontinuierliche Unterrepräsentanz von Frauen im obersten Führungsgremium, sowohl im Vergleich zu ihrem Anteil an der Parteibasis als auch zu anderen Parteien, ist ein Signum des Partizipationsrückstands der Nationaldemokratinnen, welche, wenn sie denn überhaupt im Vorstand saßen, dort meist nur kraft ihres Amtes oder als Beisitzerinnen berufen wurden, deswegen lediglich eine beratende Funktion ausübten und sich somit an der Entscheidungsfindung kaum aktiv beteiligen konnten.

de.statista.com (13. 4. 2020); Niedermayer, Anteil der Frauen an den Parteimitgliedschaften. Zu den politikwissenschaftlichen Kontroversen rund um das Beteiligungsgefälle zwischen Männern und Frauen vgl. Westle, Politische Partizipation und Geschlecht, S. 130 ff.

⁸⁶ Bitzan, Frauen in der rechtsextremen Szene, S. 88.

⁸⁷ Zitiert in Röpke, Frauen in der NPD.

⁸⁸ Röpke/Speit, Mädelsache, S. 42.

⁸⁹ Dubslaff, Women on the Fast Track, S. 161.

⁹⁰ Diese und alle folgenden Daten zum Frauenanteil in den NPD-Parteivorständen wurden für den Zeitraum zwischen 1990 und 2019 anhand der Angaben errechnet, die der Bundeswahlleiter zu den Parteien der Bundesrepublik herausgibt. Einsehbar sind die Vorstandslisten im IfZ München-Berlin und im APABIZ.

In den Vorständen der Landesverbände lässt sich eine größere Fluktuation feststellen. Dort stagnierte der durchschnittliche Frauenanteil bis Mitte der 2000er-Jahre bei 5 bis 7%, bevor er ab 2008 (8,6%), vermutlich aufgrund eines „RNF-Effekts“, eine konstante Steigerung erfuhr und 2016 mit 20 Frauen von insgesamt 129 Vorstandsmitgliedern erstmals die 15-Prozent-Marke knackte. Doch hat sich der allgemein zu konstatierende Feminisierungstrend nicht in allen Landesverbänden gleich schnell und gleich stark ausgeprägt; Diskontinuität und Ungleichzeitigkeit treten hier klar zu Tage. Einzelne Landesverbände wie Bremen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein oder Thüringen waren über Jahre, gar Jahrzehnte hinweg exklusiv männlich aufgestellt.⁹¹ Andere haben sich erst spät und schrittweise den Frauen geöffnet. Im baden-württembergischen Landesverband etwa saßen im Jahr 2000 nach zehn Jahren männlicher Exklusivität erstmalig wieder Frauen im Vorstand (7,1%); ihr Anteil stieg seitdem stetig an und erreichte 2019 immerhin 30%. Auch im Saarland verdoppelte sich ihre Quote zwischen 2005 (8,3%) und 2016 (16,6%). Besonders auffällig ist die Feminisierung vor allem in einigen ostdeutschen Landesverbänden. Der brandenburgische Landesverband, der sich 2002 vom Berliner Landesverband abgespaltete, zählte ab 2005 immer etwa ein Viertel oder ein Drittel weiblicher Vorstandsmitglieder; auch in Sachsen-Anhalt, wo die Kurve eher zickzackförmig verlief, erreichte die Frauenrate 2005 und 2016 22,2 bzw. 33,3%, bevor sie 2019 wieder auf Null herabfiel. Sachsen und Thüringen haben erst gegen Ende der 2000er-Jahre Frauen in ihren jeweiligen Vorstand aufgenommen, dort liegt ihr Anteil im Durchschnitt bei ca. 10%. Mecklenburg-Vorpommern hingegen ist seit 2002 „frauenfrei“. Im Einzelnen mag sich zwar ein höchst differenziertes Bild abzeichnen, doch zeugt die basale Feminisierungstendenz im Osten vom geschlechtsrelevanten Elan, den die NPD mit ihrer strukturellen Expansion seit der „Wende“ dort erzeugt hat.

In den letzten Jahren lässt sich darüber hinaus auch ein markanter Feminisierungsschub in mehreren Landesvorständen festmachen. In Baden-Württemberg und Hessen lag der weibliche Anteil 2016 bspw. bei 27,2 bzw. 28,5%. Der historische Höchststand wurde im gleichen Jahr in Nordrhein-Westfalen mit 40% erreicht: Vier Frauen – Ariane Meise, Yvonne Weber, Marion Figge und Melanie Händelkäs – saßen hier neben sechs Männern im Landesvorstand. 2019 lag die Frauenrate in acht Landesvorständen bei über 15%, in drei sogar bei über 30%, nur noch vier – im Vergleich zu acht im Jahre 2005 – waren ausschließlich männlich. Erklären lässt sich der jüngste Anstieg der Frauenrate freilich durch die politische Marginalität der Partei, schließlich war der Mangel an (männlichem) Personal den Frauen bislang meist förderlich; andererseits spiegelt er mit einer gewissen Verzögerung auch eine geschlechtsspezifische Entwicklung, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten offenbar auf das gesamte konservative bis extrem rechte Lager ausgewirkt hat. Ob im Parteivorsitz, auf Ministerposten oder im Kanzleramt profilieren

⁹¹ Das gilt für Bremen für die Zeit zwischen 1998 und 2016, für Rheinland-Pfalz von 1990 bis 2002, für Schleswig-Holstein von 1998 bis 2016 und für Thüringen von 2000 bis 2009.

sich Frauen etwa in der CDU seit der Mitte der 2000er-Jahre in exponierter Stellung: Angela Merkel hat in ihrer „Ära“ das politische Agieren und Regieren von Frauen normalisiert. Auch die AfD hebt, wie zuvor erwähnt, weibliche Kader in den Partei- und Bundestagsfraktionsspitzen hervor. So lässt sich auch bei der nationalrevolutionären NPD ein Nachahmungseffekt vermuten, zumal sich die Nationaldemokratinnen in den Landesverbänden, aber auch auf Bundesebene, seit den 1990er-Jahren mehr als je zuvor hervorgewagt haben.

In der Regel spielten Frauen, in den Vorständen meist als Beisitzerinnen berufen, nur eine untergeordnete Rolle, einigen wenigen jedoch wurde der Weg zum Vorsitz geebnet. Nach der von ihr weitgehend herbeigeführten Suspendierung Deckerts hatte Ellen-Doris Scherer zwischen 1995 und 1996 als erste Frau, zusammen mit Udo Holtmann, die kommissarische Leitung der NPD übernommen. Als Vorsitzende des saarländischen (1990–1999) und des rheinland-pfälzischen (1991–1993) Landesverbands war sie nach Mia Grimm⁹² parteihistorisch betrachtet die zweite NPD-Landeschefin überhaupt. 1999 wurde Grit Ortlepp zur Vorsitzenden des thüringischen Landesverbands gewählt. Danach schafften es noch vier weitere Nationaldemokratinnen, im Einzelnen Karola Nachtigall⁹³ in Berlin-Brandenburg (2000–2003), Anja Zysk in Hamburg (2005–2007), Carola Holz in Sachsen-Anhalt (2008) und Dörthe Armstroff⁹⁴ (2008–2013), an die Spitze ihrer Landesverbände: alles Beispiele, die in dieser Phase auf eine partielle Aufwertung der Parteifunktionärinnen hindeuten.

Resümierend lässt sich also festhalten: Sobald sich für Frauen eine Gelegenheit oder eine Geltungsmöglichkeit bot, wurde sie von ihnen auch gezielt genutzt. Deswegen ist die seltene, wenn auch verstärkte Berufung von Frauen in Schlüssel- und Machtpositionen innerhalb der NPD nicht auf mangelnde weibliche Ambitionen zurückzuführen. Viel eher beruht sie auf einer über Jahrzehnte eingeübten männlich-hegemonialen Ausschlusspraxis, die in der Partei, allen Feminisierungsprozessen zum Trotz, weiterhin ungemein wirkmächtig ist.

2.2. Wählerinnen und Wahlbewerberinnen der NPD

Es gehört zu den empirischen Befunden der historischen Wahlforschung, dass die Frauen in der Bundesrepublik nicht unbedingt weniger, dafür aber häufig anders als die Männer wählten.⁹⁵ Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 gaben die Frauen tendenziell eher der CDU/CSU und den Grü-

⁹² 1985 wurde die Saarländerin Mia Grimm zur ersten weiblichen Landesvorsitzenden gewählt.

⁹³ Karola Nachtigall wurde 1972 in der DDR geboren. Sie zählt zu den Mitbegründerinnen des RNF und war in den 2000er-Jahren Mitarbeiterin der nationaldemokratischen Fraktion im Schweriner Landtag.

⁹⁴ Die 1958 geborene Dörthe Armstroff verließ 2013 die NPD, um sich in der von ihrem Ehemann Klaus Armstroff im September desselben Jahres gegründeten neonazistischen Partei „III. Weg“ einzubringen.

⁹⁵ Schmidt/Röser, Politische Partizipation von Frauen.

nen ihre Stimme, bei der Wahlentscheidung der Männer hingegen dominierten die SPD und die PDS.⁹⁶ Der bei der Stimmenabgabe für das konservative Lager schon für die Frühphase der Bundesrepublik konstatierte Frauenüberschuss bestätigte sich mit relativ konstanten Zahlen auch in den 2000er- und 2010er-Jahren: Bei der Bundestagswahl 2017 etwa gaben 29,8% der Frauen – vor allem in den älteren Jahrgängen – gegen 23,5% der Männer ihre Zweitstimme der CDU,⁹⁷ was womöglich mit einem für Kontinuität, Stabilität und Glaubwürdigkeit stehenden „Merkel-Effekt“ zusammenhing. Bei diesem Urnengang stimmten genauso viele Männer wie Frauen für die SPD (20,5%); bei den kleineren Parteien bevorzugten die Männer die FDP, die Frauen wiederum Bündnis 90/Die Grünen, und bestätigten auch hier den Wahlrend der letzten Jahrzehnte.⁹⁸

Bei den extrem rechten Parteien ist der *Gender Gap* seit 1990 gleichfalls relativ konstant geblieben: Sie werden auch weiterhin mehrheitlich von Männern gewählt. 2009 machten sie zwei Drittel aller NPD-WählerInnen aus.⁹⁹ Somit bestätigte sich Jürgen Falter's These, dass extrem rechte Parteien im Kern von Männern dominierte, an männliche Lebenswelten appellierende und maßgeblich von Männern gewählte „Männerparteien“ seien:¹⁰⁰ ein Befund, der in dieser Periode gleichermaßen für die REP, die DVU und die NPD galt, darüber hinaus aber auch auf die zeitgenössische AfD zutrifft.¹⁰¹ Während Dieter Roth die Affinitätsdifferenz von Frauen durch die patriarchalen Zielvorstellungen, das aggressive Auftreten oder den latent gewaltförmigen Aktionismus ebenjener Parteien erklärte,¹⁰² was für die aktivistische NPD definitiv der Fall ist, wiesen Wohllaib, Thiele und Skrzydlo in ihrer Studie zum WählerInnenmilieu der REP bereits Mitte der 1990er-Jahre darauf hin, dass Frauen auf der Einstellungsebene keinesfalls weniger anfällig für rassistische, xenophobe oder autoritäre Denkmuster seien als Männer.¹⁰³ Dieses Paradoxon resümierte Marc Brandstetter wie folgt:

„Nach wie vor ist der Rechtsextremismus ein von Männern dominiertes Phänomen. Dies gilt im Besonderen, wenn latenter in manifestierten Rechtsextremismus umschlägt, also wenn aus der Einstellung ein Verhalten folgt. Wesentlich mehr Männer als Frauen sind in rechtsextremistischen Organisationen aktiv oder votieren für eine Rechtsaußenpartei. Auf der Einstellungsebene

⁹⁶ Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 66 ff.

⁹⁷ Vgl. Wählerstimmen, 21. 11. 2018, in: BPB, www.bpb.de (16. 4. 2020).

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Zur Soziologie der NPD-Wählerinnen gibt es leider keine Daten. Erklärungsansätze für eine Stimmabgabe zugunsten einer extrem rechten Partei, ob dies aus Protest oder Zustimmung heraus geschieht, gibt es viele. Als Faktoren gelten u. a. die Demokratie- und Politikverdrossenheit, die Ablehnung traditioneller Eliten oder ihres Wertesystems sowie das Gefühl von oder die Angst vor sozialer Deklassierung und kultureller Entfremdung, die, mit extremistischen Orientierungsmustern (Rassismus, Nationalismus, Autoritarismus usw.) verknüpft, eine derartige Wahlentscheidung herbeiführen können. Vgl. Brandstetter, NPD unter Voigt, S. 242 f.

¹⁰⁰ Falter, Wer wählt rechts, S. 30.

¹⁰¹ Bei der Bundestagswahl 2017 belief sich der *Gender Gap* bei der AfD auf ca. sieben Punkte: 9,2% der Frauen gegen 16,3% der Männer stimmten für sie. Vgl. Hambauer/Mays, Wer wählt die AfD?

¹⁰² D. Roth, Republikaner, S. 32.

¹⁰³ Skrzydlo/Thiele/Wohllaib, Frauen in der Partei „Die Republikaner“.

sind keine signifikanten Unterschiede [sic!] verifizierbar. Bei Frauen und Männern bewegen sich rechtsextremistische Muster auf quantitativ nahezu gleichem Niveau.“¹⁰⁴

Die Entwicklungen der 2010er-Jahre haben nicht zuletzt auch auf europäischer Ebene gezeigt, dass Wählerinnen im besonderen Maße auf politische Inkarnation reagierten: Parteien, die weibliche Identifikationspersonen in den Vordergrund stellten, wurden häufiger von Frauen gewählt, gleichgültig wie sexistisch oder reaktionär das von der Parteiprogrammatik transportierte Frauenbild auch sein mochte. Dies lässt sich auch mit Blick auf den französischen *Rassemblement national* (bis 2018: *Front national*) verifizieren, wo der sich als „Patriarch“ gebende Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2007 auf 9% der Wählerinnenstimmen (gegenüber 12% der Wählerstimmen) kam; fünf Jahre später konnte seine Tochter Marine Le Pen das Ergebnis der Partei u. a. dadurch verdoppeln, dass sie in der Männer- wie in der Frauengunst gleichauf bei 18% lag.¹⁰⁵ Dass Erfolgchancen bei Wahlen mit dem *Gender Gap* korrelieren, scheint auch die AfD verstanden zu haben, hat sie doch nach dem verpassten Einzug in den Bundestag 2013 – hier machte die Zwei-Punkte-Differenz bei den Wählerinnen (4%) und Wählern (6%) den Unterschied¹⁰⁶ – für die folgende Bundestagswahl mit dem Duo Gauland/Weidel auf eine paritätische Doppelspitze gesetzt, die jedoch nur bedingt über die in dieser Partei zwar besser camouflierte, aber dennoch vorherrschende männliche Hegemonie hinwegtäuschen konnte.¹⁰⁷ Das asymmetrische Geschlechterverhältnis mag fürwahr ein Grundzug aller Parteien sein, doch ist es das Ausmaß der praktizierten Marginalisierung von Frauen, das die NPD in den 2010er-Jahren von den anderen Parteien – auch von der AfD – unterschied.

Dass die weibliche Inkarnation bei der NPD ebenso im Bereich der Kandidaturen Mangelware war, zeigt der Blick auf die empirischen Daten, die für die Zeit zwischen 1998 und 2008 zu insgesamt 198 NPD-Kandidatinnen ermittelt werden konnten.¹⁰⁸ Zwar liefert dieses Panel keine erschöpfende Analysemöglichkeit, doch gibt es Auskunft über das weibliche Profil sowie über allgemeine Tendenzen oder Schwerpunktverschiebungen – etwa darüber, dass in den 2000er-Jahren die alten Bundesländer mit rund 60% noch immer die meisten NPD-Kandidatinnen

¹⁰⁴ Brandstetter, NPD unter Udo Voigt, S. 133.

¹⁰⁵ Bei der Präsidentschaftswahl 2017 erhielt Marine Le Pen in der Stichwahl gegen Emmanuel Macron 32% der Frauenstimmen und 38% der Männerstimmen, was ihr trotz ihrer Niederlage zu einem durchaus ansehnlichen Ergebnis verhalf. Zum *Gender Gap* im französischen *Front national* (seit 2018: *Rassemblement national*) vgl. Dubslaff, *Women on the fast Track*, S. 162; Marchand-Lagier, *Le vote des femmes pour Marine Le Pen*.

¹⁰⁶ Korte (Hrsg.), Bundestagswahl 2013, S. 44 f.

¹⁰⁷ In Westdeutschland wählten 3,4% der Frauen und 5,5% der Männer die AfD; in Ostdeutschland waren es 4,7 bzw. 7,1% der wahlberechtigten Männer und Frauen. Vgl. Siri/Lewandowsky, *Alternative für Frauen*, S. 12.

¹⁰⁸ Alle Angaben wurden anhand der Daten errechnet, die Karin Priester für ihre Studie zum Profil der Kandidatinnen von NPD, DVU, REP und anderen Mikroparteien anhand von KandidatInnenlisten zwischen 1998 und 2008 zusammengetragen hat. Für die Bereitstellung ihres Datenmaterials sei ihr hiermit sehr herzlich gedankt; vgl. Priester, *Rolle der Frauen im Rechtsextremismus*.

stellten, dass sich gleichzeitig aber ein klarer Aktivitätstransfer in die neuen Bundesländer (38,3%) vollzog: Sachsen allein mobilisierte immerhin 22,2% aller Wahlbewerberinnen, was seinen Stellenwert als NPD-Hochburg auch aus weiblicher Sicht bekräftigte. Auch das niedrige Alter der Kandidatinnen, das im Hinblick auf die allgemeine Verjüngung der NPD-Basis in diesem Jahrzehnt nicht verwundern mag, ist augenfällig: Die Hälfte der Bewerberinnen war unter 40 Jahre alt, etwa ein Viertel sogar unter 25 Jahre alt. Nur sieben Frauen (9,5%) waren über 60 Jahre alt und somit eventuell nazistisch vorgeprägt. Außerdem erscheint es plausibel, dass ein beachtlicher Teil der Kandidatinnen eine DDR-Biographie hatte.

In sozioprofessioneller Hinsicht war der überragende Teil der 198 Nationaldemokratinnen entweder erwerbstätig oder pensioniert, lediglich vier Frauen waren arbeitslos, weitere drei Hausfrauen, was den krassen Kontrast zwischen der sozialen Realität und den ideologischen, an Mutterschaft und Familialismus orientierten Wunschvorstellungen der NPD zu Tage treten lässt. 47% gehörten der Mittelschicht an und wurden entweder als Kauffrauen oder Selbständige (17%), als Beamtinnen, Büro-, Verwaltungs- oder technische Angestellte (24%), mitunter auch als Lehrerinnen oder Studentinnen (6%) aufgeführt. 49% hingegen waren im Niedriglohnsektor beschäftigt, sie arbeiteten meist im Dienstleistungsbereich (26,7%), vornehmlich in der Pflege, der Erziehung oder der Sozialarbeit. Andere waren Blumenhändlerinnen, Tischlerinnen, Gärtnerinnen, Näherinnen. Bei 9% handelte es sich um Arbeiterinnen.

Als Beschäftigte in meist prekären Arbeitsverhältnissen mit niedrigen bis mittleren Einkommens- und Bildungswerten vertraten die Kandidatinnen eine wichtige Zielgruppe der Partei, die sich anschickte, mithilfe einer sozialrevolutionären Rhetorik deren sozioökonomische Sorgen und Deprivationsängste zu bedienen und rassistisch aufzuladen. Zum Zwecke ihrer sozialen Funktionalisierung rief insbesondere die NPD-Frauenorganisation ab Mitte der 2000er-Jahre die Parteifrauen dazu auf, durch ihre Kandidaturen öffentlich für die nationaldemokratischen Inhalte einzustehen und jene „an die Frau“ zu bringen. Die Daten zeigen aber auch, dass die Mobilisierung von Kandidatinnen nur ansatzweise möglich war. Frauen waren auch unter den WahlbewerberInnen stark unterrepräsentiert. Besonders auf Bundes- und Landesebene war ihr Anteil verschwindend gering.¹⁰⁹ Auf der lokalen Ebene hingegen zeigt sich eine gegensätzliche Tendenz: Hier stieg der Frauenanteil unter den KandidatInnen im Laufe der 2000er-Jahre stetig, manchmal mit beachtlichen Werten. Bei der hessischen Kommunalwahl von 2006 lag die NPD-Frauenrate (mit 21,6%) in Frankfurt am Main gleich hinter jener der Linken (22,6%), im Lahn-Dill-Kreis überstieg sie (mit 27,7%) sogar die der Sozialdemokratinnen (26,9%), und in Mönchengladbach 2004 hängte sie (mit

¹⁰⁹ Bei den Bundestagswahlen von 2005 und 2013 waren jeweils nur bescheidene 8,2% und 12,2% der WahlbewerberInnen Frauen; Danckaert, *Les femmes au NPD*, S. 145.

50,1%) die anderen Parteien regelrecht ab.¹¹⁰ In der Regel belief sich die Frauenrate der in die Kreistage gewählten NationaldemokratInnen in den 2000er-Jahren auf 10 bis 30%. Dass insbesondere die Kommunalpolitik Frauen privilegierte Partizipationsräume eröffnete, war nicht neu, eignete sich dieser „kleine“ Rahmen bisher doch besonders, vor allem für Novizinnen, zur politischen Professionalisierung und Kompetenzaneignung. Wie zuvor arbeiteten die Nationaldemokratinnen in den Stadt- und Gemeindevertretungen oftmals mit ihren Ehemännern, Partnern, Kindern oder sonstigen Verwandten zusammen.¹¹¹ Vor Ort war die Politik Familiensache, wodurch Frauen nicht unwesentlich zur parlamentarischen Graswurzelarbeit bzw. zur lokalen Verankerung der NPD beitrugen. Die geschlechtsspezifische Demokratisierung von unten, die sich in dieser Periode auf kommunaler Ebene feststellen lässt, machte jedoch vor der regionalen Ebene halt: Lediglich Gitta Schüssler gelang es, als vierte Frau in der Parteigeschichte, in einen Landtag gewählt zu werden. 2004 zog sie erstmalig ins sächsische Parlament ein.

3. Nur bedingt legalistisch: Gitta Schüssler im Sächsischen Landtag (2004–2014)

Am 19. September 2004 stand die NPD im öffentlichen Rampenlicht. Nach 32 Jahren parlamentarischer Flaute war ihr an diesem Tag der Einzug in den Dresdner Landtag geglückt. In der sächsischen Hauptstadt feierte sie nun ihr großes Comeback und hoffte, der Wahlsieg möge sie vom Landtag direkt in den Bundestag führen. Regelrecht euphorisch beschwor sie eine historische Wende: „Spätere Historiker werden sich des 19. Septembers 2004 einmal als jenen Tag erinnern, an dem alles begann“, hieß es verheißungsvoll in der „Deutschen Stimme“.¹¹² Dass dieser Tag tatsächlich als Anfangspunkt einer kontinuierlichen Präsenz der extremen Rechten im sächsischen Parlament betrachtet werden kann, zeigten die Wahlerfolge der NPD (2009) und der AfD (2014/2019) in den darauffolgenden Jahren. 2004 schienen die langjährigen, auf ideologischer Graswurzelarbeit beruhenden Durchdringungsbemühungen der extremen Rechten erstmalig zu fruchten. In Ostdeutschland schlug die NPD politisch und parlamentarisch Wurzeln: Davon zeugte das durchaus beachtliche Wahlergebnis (9,2% der Zweitstimmen). Erreicht wurde es auch dank der effizient und ressourcenstark geführten Wahlkampagne, die sich inhaltlich ganz auf die Sozialpolitik konzentrierte. Anders als

¹¹⁰ Bei Bündnis 90/Die Grünen betrug der Frauenanteil ca. 36%, bei der SPD 33% und der CDU 6%. Vgl. Priester, *Rolle der Frauen im Rechtsextremismus*, S. 85.

¹¹¹ 2009 wurden Doris und Alfred Zutt, Ursula und Volker Sachs, Barbara und Ludwig Palm jeweils in dieselben hessischen Stadträte gewählt. Barbara und Johannes Müller, Gitta und Thomas Schüssler saßen jeweils gemeinsam in sächsischen Stadtvertretungen, und im Saarland arbeiteten Bernfried Fath und Gabriele von Sack-Fath Seite an Seite. Vgl. Der rechte Rand, *Die extreme Rechte in den Kommunalparlamenten*.

¹¹² Zitiert nach Staud, *Moderne Nazis*, S. 107.

linke Parteien lud die NPD vorherrschende soziale Ressentiments gegen die Hartz-IV-Politik rassistisch-nationalistisch auf, indem sie neben der rot-grünen und später schwarz-roten Bundesregierung auch Einwanderinnen und Einwanderer, Flüchtlinge und die Europäische Union für die vermeintlichen Deprivationserfahrungen der Deutschen verantwortlich machte. Bei den sächsischen WählerInnen traf sie mit ihrem Beschuldigungsdiskurs offenbar einen Nerv. Aufschlussreich ist hierfür der Blick auf die Wahlsoziologie. Bei der sächsischen Landtagswahl stimmten doppelt so viele Männer (12,6%) wie Frauen (5,9%) für die NPD. Besonders die jungen Männer (20%) und Frauen (11%) zwischen 18 und 25 Jahren gaben ihr ihre Stimme, bei den älteren Jahrgängen fiel die Wahlentscheidung seltener zugunsten der Partei.¹¹³ Mit den ArbeiterInnen (14%), Arbeitslosen (15%) und Auszubildenden (10%) waren darüber hinaus ebenjene sozioprofessionellen Kategorien überrepräsentiert, denen die gefühlte Perspektivlosigkeit, die raumspezifische Strukturschwäche und der Konkurrenzdruck, der u. a. von der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Inlandsmarkt ausging, am meisten zu schaffen machten.¹¹⁴

Dank ihrer zwölf Mandate erfreute sich die NPD neben einer größeren Medienpräsenz auch beträchtlicher finanzieller und materieller Ressourcen: Büros, MitarbeiterInnen und öffentliche Mittel wurden für die Fraktion im Dresdner Landtag bereitgestellt; die bis dahin so gut wie leere Parteikasse wurde mittels der staatlichen Zuwendungen wieder aufgefüllt und die Parteiarbeit schwerpunktmäßig auf Sachsen verlagert. Zu den Abgeordneten und MitarbeiterInnen gehörten immerhin sieben Bundesvorstandsmitglieder, darunter alle drei stellvertretenden Vorsitzenden der NPD, und eine Frau: die 1961 in Burgstädt geborene Sächsin Gitta Schüssler. Zur Partei war sie kurz zuvor gestoßen. In einem Interview erklärte die in der DDR sozialisierte Nationaldemokratin ihren Parteieintritt im Jahr 2002, also inmitten der Parteiverbotdiskussion, durch ihre profunde Abscheu gegenüber dem kommunistischen Regime, das seine BürgerInnen „belogen“ hatte, und dem kapitalistischen „Westen“, der sie nach der „Einheit“ in Not und Arbeitslosigkeit gestürzt habe.¹¹⁵ Nach der Wiedervereinigung hatte sich die gelernte Buchhändlerin und Mutter von drei Kindern zur Bürokauffrau ausbilden lassen; 1998 eröffnete sie kurzzeitig ein auf esoterische Waren spezialisiertes Geschäft. Das sächsische Mandat, das sie zwei Legislaturperioden lang ausüben konnte, gewährte ihr die materielle Sicherheit, die sie brauchte, um für die NPD noch andere politische Schlachten zu schlagen: 2005 kandidierte sie bei der Bundestagswahl für ein Direktmandat im Wahlkreis Chemnitzer Land-Stolberg, 2013 dann im Wahlkreis Chemnitzer Umland-Erzgebirgskreis II. Nebenbei leitete sie noch den Kreisverband Chemnit-

¹¹³ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Landtagswahl 2004, Stimmabgabe für Parteien bei der Wahl am 19. September 2004 im Freistaat Sachsen nach Alter und Geschlecht der Wähler, https://www.statistik.sachsen.de/wahlen-LT/lw04/rws_lw04_3.htm (5. 6. 2017).

¹¹⁴ Steglich, NPD in Sachsen, S. 57.

¹¹⁵ Antje Sirleschtov, Die Bewusstseinslose, in: Der Tagesspiegel, 19. 2. 2005, www.tagesspiegel.de (5. 5. 2017).

zer Land¹¹⁶ und wurde im gleichen Jahr mit ihrem Ehemann Thomas Schüssler in den Kreistag des Landkreises Zwickau gewählt. Eine besondere Rolle kam ihr zudem in der 2006 gegründeten NPD-Frauenorganisation, dem RNF, zu, dessen Führung sie bis 2009 übernahm. Kraft ihres Amtes saß sie deswegen außerdem im Bundesvorstand. All diese Funktionen übte sie parallel zu ihrem Landtagsmandat aus.

Nach ihrem triumphalen Einzug ins Parlament sah sich die NPD jedoch relativ schnell mit ernststen Schwierigkeiten konfrontiert. Entgegen dem vom Fraktionschef Holger Apfel gepflegten Image einer bürgerlichen, zwar „radikalen“, aber „seriösen“ NPD musste die Fraktion interne Streitigkeiten bewältigen. Aus Protest gegen die Fraktionslinie gaben im Dezember 2005 gleich drei Mitglieder, Miro Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön, ihren Austritt bekannt.¹¹⁷ Wenige Monate später verstarb Uwe Leichenring, bekennender Nationalsozialist und nationaldemokratische Galionsfigur, bei einem Autounfall.¹¹⁸ 2006 trennte sich die Fraktion außerdem von den Abgeordneten Matthias Paul, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen des Besitzes von kinderpornographischen Dokumenten Ermittlungen aufgenommen hatte,¹¹⁹ und Klaus Menzel, dem finanzielle Unregelmäßigkeiten angelastet wurden.¹²⁰ Innerhalb von zwei Jahren war die Fraktion somit auf acht Abgeordnete geschrumpft. Die vielen Austritte, Ausschlüsse und internen Querelen, welche im Kleinen die Fraktion nachhaltig schwächten und ihre Glaubwürdigkeit unterminierten, spiegelten im Großen auch den Machtkampf wider, den sich Udo Voigt und Holger Apfel in ihrem Ringen um die parteiinterne Führungshoheit seit Mitte der 2000er-Jahre erbarmungslos lieferten. Dieser Grabenkrieg beeinflusste

¹¹⁶ Der Kreisverband wurde 2008 in Zwickau-Westsachsen umbenannt. Dort war sie ebenfalls als Schatzmeisterin tätig.

¹¹⁷ Von der Parteileitung als „Deserteure“ verunglimpft, hatten alle drei die als zu nationalsozialistisch und undemokratisch empfundene Fraktionslinie öffentlich kritisiert und waren daraufhin bedroht worden. Mehr noch als die ideologische Ausrichtung schien auch der Ost-West-Gegensatz eine Rolle gespielt zu haben: Wiederholt hatten die drei Abtrünnigen die westliche Hegemonie in den Fraktionsreihen und den von sächsischen Interessen losgelösten Dogmatismus der westlichen Abgeordneten moniert. Vgl. Nach Kritik an Partei und Fraktionsaustritt: Sächsische NPD-Aussteiger werden bedroht, in: tagesschau.de-Archiv, tageschau.de, 23. 12. 2005, <https://tsarchive.wordpress.com> (13. 2. 2017).

¹¹⁸ In einer Plenardebatte hatte er das „Dritte Reich“ als „Wohlfühl-diktatur“ bezeichnet. Vgl. Patrick Gensing, Die NPD-Generation von 2004, in: Publikative.org, o.D., <https://publikative.org> (4. 4. 2017).

¹¹⁹ Christian Worch, Fragenkatalog, <http://www.worch.info/rundbriefe/06-12-01.htm> (13. 5. 2020). Ersetzt wurde Matthias Paul durch Peter Klose, ein neonazistischer Aktivist und BfV-Informant aus der Zwickauer Region; vgl. Patrick Gensing, Die NPD-Generation von 2004, in: Publikative.org, o.D., <https://publikative.org> (4. 4. 2017).

¹²⁰ Insbesondere seine Entgleisungen machten ihn für die Fraktion untragbar. Der als waffenaffin berüchtigte Menzel hetzte im Plenarsaal wiederholt gegen linke Politiker und Juden. Das veranschaulicht die folgende Aussage eindrücklich: „Gegen Zionisten, Freimaurer, Kriegstreiber und andere Psychopathen helfen keine langen Reden, nur noch Handgranaten. (Lebhafte Zurufe von der CDU, der Linksfraktion, der SPD, der FDP und den GRÜNEN) [...] Wo aber Rot-Front und Antifa haust, da helfen keine Sprüche, nur die Panzerfaust!“; Plenarprotokoll (PlPr) Nr. 4/121, 17. 10. 2008, S. 9931, Archiv des Sächsischen Landtags (ASL).

nicht zuletzt auch den Wahlausgang der sächsischen Landtagswahl vom 30. August 2009. Zwar konnte die NPD ihre Dresdner Fraktion in die nächste Legislaturperiode hinüberretten, was ihr bislang noch nie gelungen war, doch blieb sie mit den erreichten 5,6% weit hinter den Erwartungen zurück. Trotz ihrer Nähe zu Apfel ergriff Gitta Schüssler weder für die eine noch für die andere Seite Partei; ihre Loyalität galt, wie sie es selber ausdrückte, der NPD: „Die Parteimitgliedschaft ist wie eine Ehe. Wenn man sich einmal entschieden hat, bleibt man.“¹²¹

Loyal war sie ebenfalls gegenüber der Fraktion, die sich im Plenarsaal immerzu als eine in sich geschlossene Gruppe zu präsentieren wusste. Wie es Toralf Staud treffend beschrieben hat, diente der Landtag der NPD sowohl als „Geldmaschine“ als auch als „Propagandabühne und Lehrwerkstatt“;¹²² hier konnte sie sich als fundamentaloppositionelle Kraft in Szene setzen. Dass es ihr dabei mehr um Außendarstellung und Kommunikation denn um konstruktive Oppositionsarbeit ging, zeigte ihre kollektive Weigerung, sich zu Beginn der ersten Legislaturperiode an der Ausschussarbeit zu beteiligen, eben weil jene hinter verschlossenen Türen stattfand. Die NPD-Fraktion setzte auf Provokation und kühne Regelverstöße – wie etwa am 21. Januar 2005, als die NationaldemokratInnen wider die parlamentarischen Anstandsregeln den Plenarsaal noch vor der Schweigeminute verließen, die für die Opfer des Holocausts zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, am 27. Januar 2005, im Landtag anberaumt worden war.¹²³ Später in der Debatte erklärte der studierte Historiker und notorische Geschichtsrevisionist Jürgen Gansel den Sinn dieser Aktion. Er monierte die vermeintliche Einseitigkeit der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Die „deutschen Opfer“, insbesondere die Opfer des Bombardements Dresdens vom 13. bis 15. Februar 1945, kämen dabei zu kurz. Das Holocaust-Gedenken sei demnach nichts als ein moralisches Zugeständnis, das die reumütige „Umerziehungs- und Canossa-Republik“ seinerzeit den Alliierten gemacht habe. Zur Bombardierung Dresdens fügte er hinzu:

„Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933. Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde.“¹²⁴

In diesem denkwürdigen Zitat griff Gansel auf den antisemitischen Relativismus zurück, den die NPD seit 1979 in ihrem diskursiven Giftschränk führte. Noch dazu stellte er die deutsche Kriegsschuld in Frage: Bestimmend für den Kriegsausbruch sei der Vernichtungswillen der Alliierten gewesen; ihrem „Holocaust“ seien die „Deutschen“ 1945 zum Opfer gefallen. Dieser Entlastungsrhetorik widersprach der Sozialdemokrat Johannes Gerlach mit klaren Worten:

„Nur das: Das Wort Holocaust ist ein für allemal für diesen einmaligen und mit nichts vergleichbaren barbarischen Akt der Vernichtung von Menschen durch die Nazis belegt. Ich verahre

¹²¹ Zitiert nach Michael Bartsch, In deutscher Treue, in: taz, 3. 2. 2006, www.taz.de (5. 4. 2017).

¹²² Staud, *Moderne Nazis*, S. 108.

¹²³ PlPr Nr. 4/8, 21. 1. 2005, S. 447, ASL.

¹²⁴ Ebenda, S. 463.

mich als Mitglied dieses Landtages davor, dass dieses Wort – von wem auch immer – mit irgendwelchen anderen Begriffen vermischt oder verwoben wird. (Beifall bei der SPD, der CDU, der PDS, der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung).“¹²⁵

In Intention und Inhalt standen die Äußerungen Gansels, die bundesweit für Aufsehen sorgten, exemplarisch für die kommunikative Strategie der ganzen NPD-Fraktion: Die parlamentarischen und demokratischen Konventionen über Bord werfend, ging es ihr vorrangig darum, zu schockieren, zu provozieren und zu diffamieren. Um den nationaldemokratischen Angriffen Einhalt zu gebieten, hatten die restlichen Parteien, ob in der Koalition oder in der Opposition,¹²⁶ einen demokratisch-republikanischen Pakt besiegelt, der mitunter jedoch daran litt, dass einige ChristdemokratInnen sich weigerten, mit der PDS, der SED-Nachfolgepartei, gemeinsame Sache zu machen und deren „Sozialismus“ bisweilen gar mit dem der NPD verglichen.¹²⁷ Die DemokratInnen verließen den Plenarsaal, sobald den NationaldemokratInnen das Wort erteilt wurde, sie ignorierten ihre Anträge und grenzten sie aus dem demokratischen Konsens aus – eine Ausschlusspraxis, die der NPD-Fraktion als willkommener Vorwand diente, um sich als Opfer eines willkürlichen und undemokratischen Systems zu stilisieren. Wie aus Trotz betonten wiederum die NationalistInnen ihre Andersartigkeit durch non-konformistisches Verhalten. Am 13. Juni 2012 traten alle Fraktionsmitglieder in Thor-Steinar-Kleidung, einem in der Neonazi-Szene beliebten Modelabel, uniformiert in den Plenarsaal. Da das Tragen von nazistischen Erkennungszeichen laut Hausordnung nicht gestattet ist, unterbrach der Landtagspräsident Matthias Rössler die Debatten und forderte die NPD-Abgeordneten abermals dazu auf, den Saal zu verlassen. Sie wurden von der Polizei hinausbegleitet und von den drei folgenden Sitzungen ausgeschlossen.¹²⁸

Mit ihrer radikal fundamentaloppositionellen Praxis setzte sich die sächsische NPD neue Maßstäbe. Die „konstruktive Opposition“ der 1960er-Jahre hatte sie weit hinter sich gelassen und agierte nun schlicht antiparlamentarisch. Wie einst bei den Nationalsozialisten¹²⁹ schien ihr Wirken gänzlich darauf ausgerichtet zu sein, das Parlament, samt Regeln und Verfahren, als demokratische „Schwatzbude“ vorzuführen. Auch Gitta Schüssler folgte dieser Linie; von den Aktionen oder Parolen der „Kameraden“ distanzierte sie sich nie, vielmehr nahm sie aktiv daran teil. Im Vergleich zu Wortführern wie Gansel oder Apfel trat sie im Plenarsaal jedoch weniger in Erscheinung. Sie ergriff das Wort erst spät – im Laufe der 10. Sitzung, am 4. November 2005¹³⁰ – und sprach in der Regel weniger als ihre männ-

¹²⁵ Ebenda, S. 464.

¹²⁶ Zwischen 2004 und 2009 regierte eine Große Koalition in Sachsen; in der folgenden Legislaturperiode bildeten die CDU und die FDP eine schwarz-gelbe Regierungskoalition. Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die NPD waren in der Opposition.

¹²⁷ Auch wenn es in der Sozialpolitik und der antikapitalistischen Rhetorik durchaus auch Überschneidungen geben mochte, so unterschied sich die NPD durch ihr völkisches Verständnis der Sozial- und Wirtschaftsordnung. Die PDS hingegen verortete sich explizit in der antifaschistischen Tradition; Staud, *Moderne Nazis*, S. 125.

¹²⁸ PlPr Nr. 5/57, 13. 6. 2012, S. 5730 f., ASL.

¹²⁹ Vgl. Döring, *Parlamentarischer Arm*, und Mergel, *Parlamentarische Kultur*.

¹³⁰ PlPr Nr. 4/10, 4. 11. 2004, S. 650, ASL.

lichen Parteikollegen. Als Mitglied der Ausschüsse für „Schule und Sport“, für „Umwelt und Landwirtschaft“ sowie für „Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend“ beschränkten sich ihre Beiträge meist auf ‚weibliche‘ Themenkomplexe; die ideologische Vorarbeit dafür leistete der RNF, dem sie vorstand.

Frappierend erscheint bei der Lektüre der Quellen,¹³¹ wie präsent die Vergangenheit bzw. der Nationalsozialismus und die DDR in Schüsslers Beiträgen waren. Ihren GegnerInnen diente der Verweis auf die Geschichte als Schreckgespenst; die Nationaldemokratin hingegen betrachtete beide in mancher Hinsicht als positive Vorbilder und rehabilitierte sie entsprechend. In Anlehnung an die 2007 geschassete Fernseh-Nachrichtensprecherin Eva Herman¹³² bewarb sie in einem Gesetzesentwurf bspw. die nationalsozialistische Familien- und Bevölkerungspolitik: Nur die Bejahung der Mutterschaft und beherzte pro-natalistische Maßnahmen seien imstande, den demographischen Trend in Deutschland umzukehren. So meinte sie:

„Es muss doch endlich ein Ende haben, jeden vernünftigen Gedanken oder Politikansatz abzulehnen oder zu verteufeln, nur weil er auch im Dritten Reich propagiert wurde. Mit dieser absoluten Negation all dessen, was sich im Dritten Reich ereignete, bringen Sie, die sogenannten demokratischen Parteien, sich um politische Spielräume. [...] Es muss also doch möglich sein, am herrschenden politisch korrekten Familienbild Kritik zu üben [...], ohne jedes Mal mit der Faschismuskeule niedergestreckt zu werden. [...] Wir haben bei unseren Vorschlägen für eine vernünftige Bevölkerungspolitik keine falsche Angst vor erfolgreichen Beispielen aus der Vergangenheit, ganz gleich, ob diese Beispiele aus dem Kaiserreich, aus dem Dritten Reich oder aus der DDR kommen.“¹³³

Diese Enttabuisierungsinitiative konterte die Sozialdemokratin Gisela Schwarz dadurch, dass sie Schüssler über den repressiven Charakter der NS-Familienpolitik „aufklärte“, die zu Sterilisierungs- und Euthanasiamaßnahmen, zum Holocaust und letztendlich auch zum „totalen Krieg“ geführt hatte.¹³⁴ Dennoch erschien der NPD-Abgeordneten der nationalistische Familialismus besonders nachahmungswürdig. So schlug sie die Gewährung eines „Ehe-Kredits“ zur „Förderung von Familiengründungen in Sachsen“ vor¹³⁵ – dergleichen war 1972 in der DDR und zuvor im „Dritten Reich“ bereits in Gestalt eines „Ehestandsdarlehens“ eingeführt worden. Auch drängte sie auf die Ausweitung der kostenlosen Kinderbetreuung in Sachsen, um finanzschwache Haushalte finanziell zu entlasten. Ausschlaggebend hierfür waren vermutlich sowohl ihre DDR-Sozialisation als auch ein gewisser Pragmatismus; ungewöhnlich war diese Forderung allemal, widersprach sie doch

¹³¹ Die vorliegende Analyse stützt sich auf die aussagekräftigsten Beiträge Schüsslers. Die Plenarprotokolle können auf der Homepage des Sächsischen Landtags eingesehen werden.

¹³² In ihrer Schrift „Das Eva-Prinzip“ hatte Eva Herman die Familienpolitik des „Dritten Reichs“ gepriesen und damit eine öffentliche Debatte über Geschlechterrollen und Feminismus in Deutschland ausgelöst. Von der ARD wurde ihr 2007 wegen ihrer NS-Apologie gekündigt; Herman, Eva-Prinzip.

¹³³ PlPr Nr. 4/98, 29. 9. 2007, S. 7327, ASL.

¹³⁴ Ebenda, S. 7330.

¹³⁵ Vgl. den NPD-Antrag Einführung eines Ehecredits zur Förderung von Familiengründungen in Sachsen, PlPr Nr. 4/46, 6. 4. 2006, S. 3694 f., ASL.

dem von den Nationaldemokratinnen vielgepriesenen Prinzip der „Wahlfreiheit“. Durch finanzielle Kompensationen sollte Müttern die Entscheidung für die familiäre Betreuungsarbeit und gegen die Erwerbsarbeit erleichtert werden. In diese Richtung gingen auch die meisten familienpolitischen Anträge der NPD-Fraktion. Meist forderte sie zur Anerkennung der Erziehungs- und häuslichen Arbeit die Einführung eines „Müttergehalts“ oder einer „Mütterrente“ für „deutsche“ Frauen.¹³⁶

Abgesehen von ihren vereinzelt DDR-Rehabilitierungsversuchen blieb der Grundton ihrer Beiträge meist zutiefst antikomunistisch, anti-egalitaristisch und anti-feministisch. Da Frauen ihr zufolge keiner positiven Diskriminierung bedurften, griff sie mit Vorliebe ebenjene Förderprogramme an, die sie als „feministisch“ und „links“ identifizierte. Das „Gender Mainstreaming“¹³⁷ machte sie somit zur privilegierten Zielscheibe ihrer Kritik. In Sachsen sei es nicht anwendbar, weil es zu bürokratisch, zu teuer und zu ineffizient sei;¹³⁸ ferner diene dieses „feministische und neomarxistische Umerziehungsprogramm“¹³⁹ dazu, das männliche und weibliche Geschlecht frei nach Simone de Beauvoir künstlich zu „fabrizieren“:

„Anlass für unseren Antrag war die Nachricht, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 8. Januar 2009 beschlossen hat, dass die Schweiz einem 72-jährigen Mann die Umoporation zur Frau zu bezahlen hat. Hinter dieser absurden Entscheidung steht nichts anderes als die Gender-Mainstreaming-Ideologie, die glaubt, dass jeder Mensch ein neues soziales Geschlecht erhalten kann, das er natürlich auch selbst bestimmen kann. [...] ‚Zur Frau wird man nicht geboren, zur Frau wird man gemacht.‘ Gleiches gelte für den Mann, sagen heute die Verfechter des Gender-Mainstreamings. Der heutige Feminismus ist nicht mehr um Differenz bemüht, sondern um die angebliche Gleichheit der Geschlechter. Diese Politik läuft also nicht auf eine erstrebenswerte Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern auf eine Gleichmacherei hinaus, die wir als NPD, als Nationaldemokraten entschieden ablehnen.“¹⁴⁰

Kurz nach ihrem Redebeitrag schickte sich die linke Abgeordnete Freya Maria Klinger an, den verschwörungstheoretisch anmutenden Wortlaut von Schüsslers Rede zu dekonstruieren und deren Sinngehalt mit ironischer Stichhaltigkeit zu widerlegen:

„Der Antrag ist hinfällig. [...] Denn Gender-Mainstreaming ist nicht das ominöse oder gar nebulöse Gespinnst, das in Nazikreisen auch schon einmal als totalitärer Kommunismus in Sachen Sex und Geschlechterbeziehung bezeichnet wird. [...] Es geht nicht um Gleichmacherei oder gar Umprogrammierung der Menschen. Das verwechseln Sie wohl mit Ihren eigenen politischen Zielstellungen. Es geht darum, einen sensiblen Blick für Geschlechterfragen zu entwickeln und diese Dimension bei allen politischen Entscheidungen mitzudenken.“¹⁴¹

¹³⁶ Vgl. die NPD-Anträge: Einführung eines Muttergehalts in Sachsen, Drucksache (Drs.) Nr. 4/3534, 28. 11. 2005, ASL; Mutterrente gegen Altersarmut, PIPr Nr. 5/65, 18. 10. 2012, S. 6632 ff., ASL; Wahlfreiheit und Betreuungsgeld, PIPr Nr. 5/55, 9. 5. 2012, S. 5619 ff., ASL.

¹³⁷ Das „Gender Mainstreaming“-Konzept nutzt die EU seit 1999 als Instrumentarium, um auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in der Verwaltung, in Politik, Justiz, Bildung und Sozialwesen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern hinzuwirken. Vgl. Meuser/Neusüß (Hrsg.), *Gender Mainstreaming*.

¹³⁸ PIPr Nr. 4/12, 10. 3. 2005, S. 845 f., ASL.

¹³⁹ PIPr Nr. 5/12, 31. 3. 2005, S. 950, ASL.

¹⁴⁰ PIPr Nr. 4/133, 13. 3. 2009, S. 11205, ASL.

¹⁴¹ Ebenda, S. 11206.

Den Antifeminismus zückte die NPD bevorzugt als Waffe gegen die „liberale“ und „verkommene“ Moderne. Durch ihn ließ sich ein klarer reaktionärer Standpunkt beziehen;¹⁴² durch ihn kommunizierte sie ebenso ihre Fundamentalopposition zum parlamentarischen System und den „etablierten“ Parteien, die, so meinte sie, dem Feminismus und seiner „totalitären Ideologie“ allesamt anheimgefallen waren. Als Verfechterin der traditionell patriarchalischen Geschlechterordnung geißelte Gitta Schüssler auch die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten, weil sie das auf Ungleichheit basierende „Leistungsprinzip“ untergruben, das von der NPD als einzig gültiger Maßstab betrachtet wurde, um den „Wert“ eines Menschen zu bestimmen.¹⁴³ Den „Equal pay day“ tat sie entsprechend als Ausgeburt einer „feministischen Planwirtschaft“ ab.¹⁴⁴ In einer Debatte über die Prävention männlicher Gewalt gegen Frauen zog sie die diskutierten weiblichen Opferzahlen mit dem Argument in Zweifel, dass diese die männlichen Gewaltopfer unsichtbar machen, Männer allgemein unter Generalverdacht stellen und die eheliche „Harmonie“ erschüttern würden.¹⁴⁵ Mit diesem Narrativ verbreitete sie die Argumente jener MännerrechtlerInnen, die schon in den 1970er-Jahren die Anliegen des politischen Feminismus bekämpft hatten.¹⁴⁶ Als Frau normalisierte und legitimierte sie den antifeministischen Diskurs der extremen Rechten.

Schule und Bildung gehörten ebenfalls zu den von Gitta Schüssler im Parlament behandelten Bereichen. „Zum Wohle der Kinder“ sprach sie sich im Laufe der Debatten z. B. für kleine Klassen, kostenlose Kantinen, den Astronomie-Unterricht und ein generelles Rauchverbot an sächsischen Schulen aus.¹⁴⁷ Nach dem Amoklauf eines Schülers im März 2009 in Winnenden (Baden-Württemberg), bei dem 15 Menschen ums Leben gekommen waren, weigerte sie sich jedoch, die von den Grünen in einem Antrag geforderte Verschärfung des Waffenrechts zu unterstützen. Diesen Schritt rechtfertigte sie mit der Begründung, dass die Tat des 17-Jährigen weniger auf den Zugang zur väterlichen Waffe denn auf die Schikanen seiner SchulkameradInnen zurückzuführen sei. Der Jugend fehle das „Gemeinschaftsgefühl“, das Gewalt abwende.¹⁴⁸ Durch die Entlastung des Mörders und die Belastung der Opfer bediente Schüssler offenbar die Interessen einer von der NPD umworbenen, waffenaffinen WählerInnenklientel, etwa die der JägerInnen und SportschützInnen. In derselben Sitzung negierte sie außerdem die vielfältigen Formen von Gewalt an deutschen Schulen, verurteilte lediglich die „antideutsche“ Gewalt, die „Ausländer“ vermeintlich auf Schulhöfen propagierten und praktizierten. Doch musste sie auf Nachfrage anderer Abgeordneter widerwillig einräumen,

¹⁴² Antifeministische und Anti-„Gender“-Kampagnen gehören zum Grundrepertoire der extremen Rechten. Vgl. Lang, „Gender“ und „Genderwahn“.

¹⁴³ PlPr Nr. 5/73, 17. 4. 2013, S. 7548, ASL.

¹⁴⁴ PlPr Nr. 5/51, 7. 3. 2012, S. 5104, ASL.

¹⁴⁵ PlPr Nr. 4/55, 19. 7. 2009, S. 4369 f., ASL.

¹⁴⁶ Zur Männerrechtsbewegung vgl. Rosenbrock, Männerrechtsbewegung.

¹⁴⁷ PlPr Nr. 4/105, 17. 4. 2007, S. 8729 f., ASL; PlPr Nr. 4/12, 10. 3. 2005, S. 826, ASL; PlPr Nr. 4/88, 26. 9. 2007, S. 7249, ASL; PlPr Nr. 4/70, 15. 1. 2007, S. 5785, ASL.

¹⁴⁸ PlPr Nr. 4/137, 15. 5. 2009, S. 11601 f., ASL.

dass diese Art von Gewalt an sächsischen Schulen inexistent war.¹⁴⁹ Wie an diesem Beispiel deutlich zu erkennen, gehörte die unvermittelte Platzierung von Ideen, mochten sie noch so themenfremd sein, zu den diskursiven Grundtaktiken der NationaldemokratInnen. So ließen sich völkisch-nationalistische bzw. rassistische und antisemitische Inhalte transportieren. 2005 machte sich Gitta Schüssler eine Haushaltsdebatte zunutze, um die Streichung jeglicher Fördergelder für die jüdischen Gemeinden anzumahnen:

„Dagegen ist es für uns Nationaldemokraten nicht einsehbar, dass kleine Minderheiten in Zeiten knapper Kassen eindeutig vor der Mehrheit der Bevölkerung bevorzugt werden. Aus diesem Grund wollen wir zum Beispiel die [...] Zuschüsse an die Jüdischen Gemeinden kürzen. Darunter fällt zum Beispiel ein Zuschuss von jährlich 81 800 Euro für den Landesrabbiner (Pfui! bei der PDS) ebenso wie Zuschüsse in Höhe von 1 310 000 Euro bis 2006 für den Bau des Gemeindezentrums der Synagoge in Leipzig oder von 242 000 Euro für die Synagoge in Chemnitz. (Zurufe und Unruhe im Saal).“¹⁵⁰

Sie wusste auch um die Empörung, die solche antisemitischen Provokationen im Landtag auslösten.¹⁵¹ Tabubrüche bescherten ihr die Aufmerksamkeit, die sie zur politischen Eigenprofilierung benötigte. Auch nahm sie eine Debatte über Zwangsehen zum Anlass, um mithilfe eines plumpen Wortspiels die „multikriminelle Gesellschaft“ anzuprangern. Ihr zufolge zeigte sich,

„dass sich Ausländergewalt nicht nur gegen die Gastbevölkerung richtet, [...] sondern auch nach innen. Kinderschändungen per Zwangsehe, Verschleppungen von Kindern, Tötungen von Frauen im Namen einer vermeintlichen Familienehre, Menschenhandel – das sind die Früchte der Multikultipolitik. Das Schicksal der zwangsverheirateten ausländischen Frauen und Mädchen ist bedauerlich. Aber es kann nicht auf deutschem Boden mit deutschem Geld und mit Hilfe der deutschen Justiz gelöst werden [...]“.¹⁵²

Das stark überzogene und pauschalisierende Zerrbild, das Gitta Schüssler von den „gewalttätigen Ausländern“ und deren Frauen entwarf, war keinesfalls unüblich für die NPD; die türkischen, arabischen bzw. muslimischen Minderheiten gehörten zu ihren bevorzugten Feindbildern. Wie rassistisch Schüsslers Denkstil war, zeigen die Argumente, die sie im Kontext des „Arabischen Frühlings“ zu Beginn der 2010er-Jahre gegen die Aufnahme von MigrantInnen, Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in Sachsen vorbrachte: „Ausländer“ seien dafür bekannt, dass sie das Asylrecht missbrauchten, die Kriminalitätsrate ankurbelten und Krankheiten

¹⁴⁹ Ebenda, S. 11595 f.

¹⁵⁰ PlPr Nr. 4/14, 19. 4. 2005, S. 976, ASL.

¹⁵¹ Viele kleine Anfragen, die Gitta Schüssler an die Landesregierung richtete, befassten sich mit der Finanzierung der jüdischen Gemeinden (Drs. 4/13175–13178, 3. 9. 2008, ASL; Drs. 5/7438, 10. 11. 2011, ASL), mit den Weiterbildungsangeboten für Lehrer in der Gedenkstätte Yad Vashem (Drs. 4/14186, 15. 12. 2008, ASL) sowie mit der Besichtigung von jüdischen Einrichtungen im Rahmen des Ethik- oder Religionsunterrichts (Drs. 5/7437, 10. 11. 2011, ASL). Die jeweiligen Antworten der Landesregierungen gaben den NationaldemokratInnen das Rüstzeug, das sie brauchten, um ihren antisemitischen bzw. anti-israelischen Diskurs mit Fakten und Statistiken zu unterfüttern.

¹⁵² PlPr Nr. 4/34, 10. 11. 2005, S. 2644, ASL.

ins Land schleppten.¹⁵³ Zur Zielscheibe ihrer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) gehörten auch die Homosexuellen. So fragte sie Thomas Jurk, den sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, während einer Fragestunde, warum er es vorgezogen hatte, am Christopher-Street-Day teilzunehmen, anstatt das für den gleichen Tag anberaumte Sachsenmetall-Forum zu besuchen. Zur Skandalisierung und Diskreditierung seiner Prioritätensetzung wollte sie außerdem wissen, ob für ihn als Wirtschaftsminister „die Teilnahme an einer Schwulen- und Lesben-Veranstaltung“ wichtiger sei als die „Fachkräfteentwicklung im Freistaat Sachsen vor dem Hintergrund der demografischen Katastrophe“, ja, ob er „eine primäre Aufgabe darin“ sähe, „sexuelle Minderheiten [...] aufzuwerten“. In seiner Antwort erinnerte der Minister Gitta Schüssler an die Repressionspraxis – Folter, Ermordung, Deportation, Zwangskastration –, die das nationalsozialistische Regime gegenüber Homosexuellen geübt hatte, und folgerte daraus, dass „es [...] nicht weiter verwunderlich [sei], dass seitens der NPD mit den [...] vorliegenden Fragen versucht [werde], Homosexuelle gegen Fachkräfte auszuspielen“. Gemäß dem antifaschistischen Konsens wurden Schüsslers Äußerungen und Positionen hier explizit mit dem Nationalsozialismus verknüpft und die NPD mit der NSDAP gleichgesetzt. Als die Nationaldemokratin fragte, was denn der Zusammenhang zwischen ihrer Frage und der „Schwulenverfolgung im Dritten Reich“ sei, rief der Sozialdemokrat Martin Dulig ihr zu: „Weil Sie Nazis sind!“ Dieser Zuschreibung widersprach sie nicht.¹⁵⁴

Auffällig ist in der parlamentarischen Praxis der NationaldemokratInnen noch ein letzter Aspekt: Im „anti-antifaschistischen Kampf“ reizten sie die ihnen zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumentarien regelrecht aus, um an Informationen über ihre politischen GegnerInnen zu gelangen. Als es am 8. Mai 2007 bei einer Protestkundgebung von GewerkschaftlerInnen, ChristdemokratInnen und AntifaschistInnen gegen die Eröffnung des NPD-Bürgerbüros von Peter Klose in Zwickau zu Eier- und Tomatenwürfen gekommen war, richtete Gitta Schüssler innerhalb eines Tages 18 kleine Anfragen an die Landesregierung, in denen sie u. a. die Offenlegung persönlicher Daten und Informationen zu den Antifa-Beteiligten forderte.¹⁵⁵ Holger Apfel tat es ihr gleich, nachdem Schüsslers Bürgerbüro in Meerane Ziel eines Brandanschlags geworden war.¹⁵⁶ Die aus den Antworten der Landesregierung gewonnenen Informationen, Namen oder Statistiken benutzten die NationaldemokratInnen zu Dokumentations- und Propagandazwecken. Ebenso nutzten sie diese, um den Freistaat aufgrund seiner vermeintlichen Untätigkeit oder zu großen Nachgiebigkeit als Beförderer der antifaschistischen

¹⁵³ Vgl. Gitta Schüsslers kleine Anfragen über die Aufnahmезentren für AsylbewerberInnen (Drs. 5/2451, 18. 5. 2010, ASL; Drs. 5/10569, 20. 11. 2012, ASL; Drs. 5/9567, 29. 6. 2012, ASL), über Sachsen als Aufnahmeland (Drs. 5/2008–2009, 7. 4. 2010, ASL) oder über die HIV-Infektionen bei Flüchtlingen (Drs. 5/8151–8152, 7. 2. 2012, ASL).

¹⁵⁴ PlPr Nr. 4/84, 5. 7. 2007, S. 6968 f., ASL.

¹⁵⁵ Gitta Schüssler, Kleine Anfragen, Drs. 4/9120–4/9137, 19. 6. 2007, ASL.

¹⁵⁶ Holger Apfel, Kleine Anfrage, Drs. 4/9585–9588, 21. 8. 2007, ASL.

Übergriffe zu präsentieren. Ferner ist nicht auszuschließen, dass sie nicht auch zur Unterfütterung der in rechtsextremen Kreisen zirkulierenden „schwarzen Listen“ weitergereicht wurden.¹⁵⁷ Allgemein machten die NationaldemokratInnen keinen Hehl aus ihrem Antidemokratismus: Systematisch forderten sie die Streichung aller öffentlich subventionierten Programme, die zur Förderung der demokratischen Bildung vorgesehen waren.¹⁵⁸

Der Einzug der NPD ins sächsische Parlament markierte einen Wendepunkt in der jüngeren Geschichte der Partei. Als politischer Katalysator beschleunigte er jenen Verankerungsprozess, der schon kurz nach der „Wende“ eingesetzt hatte: Die neuen geopolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen voll ausschöpfend, war es der Partei gelungen, sich in den oft ländlichen und strukturschwachen Gebieten der ehemaligen DDR zu etablieren, Sachsen zu ihrer Hochburg zu machen und das Dresdner Parlament als Schauplatz für ihren Anti-Republikanismus zu instrumentalisieren. Stellvertretend dafür steht auch die parlamentarische Praxis Gitta Schüsslers. Anders als die Nationaldemokratinnen aus der „Erlebnisgeneration“, die sich als Abgeordnete in den 1960er-Jahren den parlamentarischen Regeln, Verfahren und Gepflogenheiten bereitwillig beugten und für sich sogar den Anspruch formulierten, am demokratischen Geschehen aktiv teilnehmen zu wollen, benutzten die „BekennnerInnen“ den Landtag als Bühne ihres antidemokratischen Protests. Unangepasstheit, Provokation, Diffamierung und neonazistische Selbstbehauptung bildeten den Grundtenor ihres parlamentarischen Auftretens. Ihre Ablehnung des demokratischen Systems inszenierten sie durch medienwirksame Aktionen, etwa auf dem Feld der Erinnerungspolitik, aber auch durch die systematische Verächtlichmachung der anderen von ihnen als „Pseudodemokraten“ verunglimpften Abgeordneten. In den Debatten stach der Antagonismus zur antifaschistischen PDS/Die Linke am deutlichsten hervor. Mochten sich beide eines antikapitalistischen bzw. Antiglobalisierungsdiskurses bedienen, so betonte die NPD-Fraktion doch immerzu ihren Antikommunismus. Stets zwischen einer gewissen „Ostalgie“ und der Ablehnung der politischen DDR-Eliten schwankend, zeigte auch Gitta Schüssler ein ambivalentes Verhältnis zur ostdeutschen Geschichte. Das „Dritte Reich“ hingegen bewertete sie durchgehend als positives Modell. Das Jahr 2014 läutete das Ende des „Zweiten Frühlings“ der NPD ein. Gitta Schüssler und ihre Parteifreunde wurden aus dem Parlament gewählt. Ihre Fraktion wurde seither durch jene der AfD ersetzt, an deren Spitze sich bis 2017 eine andere Frau behauptete: Frauke Petry.

¹⁵⁷ Im Rahmen der „Anti-Antifa-Arbeit“ werden unter anderem Listen mit Namen und Adressen von Personen aus der Zivilgesellschaft, aus Journalismus, Wissenschaft und Politik geführt, die dem „linken“ oder „antifaschistischen“ Spektrum zugeordnet werden. Bei einer etwaigen politischen Machtübernahme gilt es jene zu liquidieren. Viele werden schon jetzt von rechtsextremen Kräften massiv bedroht und eingeschüchert. Vgl. Belltower News, Die Geschichte der anti-Antifa, 24. 4. 2008, <https://www.belltower.news/die-geschichte-der-anti-antifa-28870> (15. 5. 2020).

¹⁵⁸ Vgl etwa PlPr Nr. 4/133, 13. 3. 2009, S. 11138, ASL; Gitta Schüssler, Kleine Anfrage, Drs. 4/7558, 10. 1. 2007, ASL; Gitta Schüssler, Kleine Anfrage, Drs. 5/8105, 2. 2. 2012, ASL.

4. Resümee

Die jüngste Phase der Parteigeschichte, die den nicht abgeschlossenen Zeitraum von 1990 bis heute umfasst, charakterisiert sich im Allgemeinen durch die substantielle Erneuerung der NPD im Kontext tiefgreifender Transformationsprozesse. Tatsächlich bildet der historische Bruch von 1989/90, der den schrittweisen Übergang von der deutschen Teilung zur Einheit, von der bipolaren zur multilateralen Weltordnung markierte, den Ausgangspunkt der politisch-strategischen Neupositionierung der Partei. Um sich den neuen Rahmenbedingungen anzupassen, verlagerte sie ihre Ressourcen und Strukturen schwerpunktmäßig in den Osten. Andererseits brach Udo Voigt mit der antinazistischen Eindämmungspraxis seiner Vorgänger: Ab Mitte der 1990er-Jahre öffnete er die NPD für neonazistische Kräfte und läutete somit eine ideologische Wende ein. Die Radikalisierung bzw. Nazifizierung der Parteilinie zog neue und jüngere AktivistInnen an; mehr und mehr Frauen, insbesondere die seit dem Ende der 1980er-Jahre in Ost- und Westdeutschland in Erscheinung getretenen Neonazistinnen und Skingirls, fanden in der völkisch-nationalistischen Partei eine neue Heimat. Wie zuvor spielten sie weiterhin eine untergeordnete Rolle, doch gewährte man einzelnen Aktivistinnen auch höhere politische Ämter, wie jenen fünf Frauen, die in dieser Periode die Leitung eines Landesverbands übernahmen. Darüber hinaus blieb ihnen der Aufstieg jedoch verwehrt: Im Bundesvorstand wurden und werden sie nach wie vor marginalisiert. Grundsätzlich kann die NPD weiterhin als ‚Männerpartei‘ betrachtet werden, weil der Wählerstamm, die Basis und die Vorstände mehrheitlich männlich dominiert sind und die politische Entscheidungsgewalt immer noch grundsätzlich von Männern ausgeübt wird. Doch konnten sich Frauen seit Mitte der 2000er-Jahren u. a. als Wahlwerberinnen, Abgeordnete – wie Gitta Schüssler im Sächsischen Landtag – oder schlicht als politische Mitstreiterinnen in zunehmendem Maße profilieren und sich in der Partei neue Partizipationsräume erschließen. Einen markanten Schritt auf dem Weg zur strukturellen Feminisierung und symbolischen Ermächtigung von Frauen bildete die 2006 ins Leben gerufene NPD-Frauenorganisation: der Ring nationaler Frauen.

